

# VEREINS-ANZEIGER

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weissbindar,

sowie der freien eingeschr. Hülfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Redaktion und Expedition: Hamburg 22, Schmalenbeckerstrasse 17, Telephon Amt III, 3622.

**Kollegen!** Agitiert mit allen Kräften für die Stärkung unserer Organisation!  
• • Nutzt die günstige Zeit aus! •

## Der Unternehmer in seiner volkswirtschaftlichen Bedeutung.

II.

Im weiteren Verlaufe seiner Untersuchung begibt sich der Artikelbeschreiber auf das schwierige Gebiet der Psychologie d. h. der Seelenkunde, indem er tieffinnige Betrachtungen anstellt über die Frage, inwieweit sich die Beteiligung des Unternehmers an der Produktion von der Beteiligung des Arbeiters unterscheidet. Und hierbei gelangt er zu ganz eigenartigen Resultaten. Er geht nämlich von der offenkundigen Tatsache aus, daß Unternehmer und Arbeiter unter den heutigen kapitalistischen Zuständen zusammenwirken, wenn irgend etwas erzeugt werden soll, er bestreitet aber, daß bei Beiden das gleiche Interesse vorhanden sei. Die Auffassung der Sozialtheoretiker, daß der Arbeiter das gleiche Interesse an der Gütererzeugung habe wie der Unternehmer, daß er also auch als Arbeiter des Betriebes der Gütererzeugung in der rationalsten Weise unterstütze, ihm seine Wirkung in der für den Betrieb vorteilhaftesten Weise verhiebe, diese Auffassung sei total falsch und gerade das Gegenteil sei richtig.

Diese Behauptung stellt die Wahrheit auf den Kopf. Unsere Leser wissen, daß wir keine Harmonieduseler sind und den Interessenkonflikt zwischen Unternehmern und Arbeitern sehr wohl kennen, dennoch aber behaupten wir, daß sich dieser Konflikt nur im Gebiete des sog. Bewertungsprozesses bemerkbar macht, nicht aber im Gebiete des Arbeitsprozesses. Im Arbeitsprozesse stehen sich Unternehmer und Arbeiter nicht als Ausbeuter und Ausgebeutete, sondern als Menschen gegenüber, die das gemeinsame Interesse haben, ein gutes, preiswürdiges, verlängsfähiges Stück Arbeit herzustellen. Jeder normal empfindende Arbeiter sucht seine Befriedigung darin, sofern es die Art der Arbeit irgendwie zuläßt, so zu arbeiten, daß er an seinem Erzeugnis selbst Freude hat. Leider wird ihm diese Freude heutzutage durch das überhastete, mechanische, schablonenmäßige Arbeiten nur zu häufig vergällt, was aber nicht seine Schuld ist. Und da auch der Unternehmer an einem schönen Stück Arbeit seine Freude hat — von dem kapitalistischen Bewertungsinteresse ganz abgesehen — so können wir sagen, daß in Bezug auf den Arbeitsvorgang eine gewisse Harmonie zwischen Unternehmer und Arbeiter vorhanden ist, eine Tatsache, die wir überall beobachten können, wenn ein solches Stück Arbeit zur Ablieferung kommt.

Diese offenkundige Tatsache sucht der Hymnensänger des Unternehmertums durch allerlei Abvakatenkniffe zu verbrechen, um die Tätigkeit des Unternehmers als eine qualitativ höhere hinzustellen im Vergleich zu der Tätigkeit des Arbeiters. Er philosophiert nämlich folgendes: "Die Erfahrung lehrt, daß jedwede Kraft dem Trägheitsgesetz unterliegt, das heißt, durch die natürlichen Reibungswiderstände gehemmt und schließlich aufgehoben wird. Von diesem Naturgesetz macht selbstverständlich die Kraft des Arbeiters keine Ausnahme, zumal ihr nicht nur natürliche, sondern auch künstliche Reibungswiderstände entgegenwirken, so namentlich das Bestreben, die Arbeit nicht über das durch den Lohn entgolte Maß hinauszuwachsen zu lassen, ferner das Bestreben, die Arbeit einzutstellen und das sog. Ca canny Prinzip, d. h. das Prinzip des normalmäßigen Arbeitens." In diesen Worten ausgedrückt, will dies besagen: Der Arbeiter wird allmählich müde und außerdem ist er vernünftig genug, nicht wie ein Pferd braus los zu schusten, sondern wie ein Mensch zu arbeiten.

Damit ist dem Unternehmer natürlich nicht gedient, denn: "Das Prinzip der Wirtschaftlichkeit verlangt aber begreiflicherweise die innigste Überwindung des Trägheitsgesetzes, durch welches die produktive Kraft an der vollen Entfaltung gehindert wird. Diese volle Entfaltung der Kräfte ist aber schon deshalb notwendig, um die Arbeiter auch gerecht entlohnen zu können, sonst würde der Fleißige nicht mehr bekommen, als der Fauler, der Geschichte nicht mehr, als der Ungeschickte. Ein Wagen der Arbeitskraft wird aber immer nur dann möglich sein, wenn man sich von ihrer Leistungsfähigkeit überzeugt, das heißt, wenn man ausprobiert hat, wie groß die Reibungswiderstände sind, die die Kraft eines Arbeiters zum Erholen und schließlich zum Aufhören bringen können. Dabei ist aber wiederum zu beachten, daß der Antrieb zur Überwindung des Trägheitsgesetzes nicht größer sein darf, als es diejenige Schonung der Arbeitskraft erfordert, die zu deren Erhaltung oder richtiger gesagt, zur Erhaltung der Türe der Arbeitskraft ..."

der notwendigen Kraft, Sorgfalt und Aufmerksamkeit nachlassen. Das Gegenteil wäre Unwirtschaftlichkeit im Betriebe und würde solche in den vielen Tausenden von Betrieben, die es gibt, einreihen, so würden täglich Tausende, jährlich Hunderttausende und Millionen Mark verloren gehen, um die das Nationalvermögen geschädigt würde. So regiert die Nervenkraft die Muskelkraft, der Wille das Können, und das ist das grundlegende Prinzip für jede Wirtschaft und somit auch für die Volkswirtschaft: Der Wille, zu verdienen, der Wille, einen Gewinn zu erwirtschaften, muß das gesamte Wirtschaftsleben einer Nation beherrschen."

Wir haben wohl nicht nötig, unseren Lesern nachzuweisen, daß die Schilderung des Nervensystems eines Unternehmers, milde ausgedrückt, ein Phantasiegebilde ist und daß es geradezu blödsinnig klingt, wenn uns der Artikelbeschreiber glauben machen will, der Unternehmer empfängstörung in seinem Betriebe. Neben höchst vernünftige Arbeiter weiß, daß dies nicht wahr ist. Daß ein Unternehmer am Ende des Jahres, wenn er seine Bilanz zieht, die Lage seines Betriebes an dem vorhandenen Überschuss oder Verluste verspielt, ist ja bekannt, daß er hierbei aber auch merkt, worin der etw. Fehler liegt, ist ganz ausgeschlossen. Gewöhnlich wird er allerdings den Fehler in seinen Arbeitern suchen, trotzdem es keinem Zweifel unterliegen kann, daß eine mangelfeste Kalkulation und Berechnung, ungünstiger Einkauf des Materials, unrentabler Verkauf der Ware und ähnliche Fehler des Unternehmers vielfach die Hauptfehler tragen. Es wäre also sehr gut, wenn der Unternehmer seine "sensitive Tätigkeit" auch mal auf seine eigene Tätigkeit im Betriebe richte, anstatt immer seinen Arbeitern die Schuld zu geben.

Welche Folgerungen der Artikelbeschreiber aus seiner neuendeckten Nerventheorie zieht, wollen wir in einem Schlusssatz betrachten.

### Gewerkschaftlicher Indifferentismus.

Wenn einer kein Interesse mehr an Sonne, Mond und Sternen hat, dem sagen sie auch nichts mehr; und wenn einer nicht mehr am Haushalt arbeitet, verfällt er; das ist mit allem so. Die Gleichgültigkeit macht alles tot; die Liebe macht alles lebendig.

Frenssen.

Wenn man in der erfreulichen Lage ist, auf die zahlmäßige Vergrößerung der deutschen Gewerkschaften und ihre außerordentlich großen Erfolge hinzuweisen, deren sie sich auf dem Gebiete der humanitären Unterstützungsseinrichtungen sowohl als auch auf dem der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erfreuen haben; Erfolge, die geeignet sind, die Mitglieder leistungsfähiger Gewerkschaften in den größten Städten und den kleinsten Orten Deutschlands mit freudiger Genugtuung über die gewerkschaftliche Arbeit zu erfüllen, so sollte man meinen, es sei paradox, von einem gewerkschaftlichen Indifferentismus, d. h. von einer Gleichgültigkeit in gewerkschaftlichen Dingen zu reden. Aber man lese sic nur, die Mitteilungen aus der gewerkschaftlichen Presse, wo die regelmäßen Mitglieder ihrer Berufsorganisation lebhaft Klage erheben, daß bald hier, bald dort, bald im lokalen Rahmen, bald im allgemeinen in Beziehung auf die Beteiligung an den Aufgaben der Gewerkschaft der Indifferentismus unter den Mitgliedern hervortrete. Wie oft liest man nicht in Versammlungs- und Situationsberichten, daß infolge des schwachen Besuchs durch die Mitglieder in der Versammlung dieser oder jener angeführte Vortrag nicht gehalten werden konnte, d. h. mit anderen Worten, man wollte vor dem Referenten die undankbare Aufgabe ersparen,

mit Mühe und Fleiß vorbereitete Arbeit den wenigen Er-schienenen zu Gehör zu bringen. Hinzu hängt ein Be richterstatter an einen solchen Bericht die Klage über den Hinweis, daß es mit der „Interesslosigkeit nicht so weiter gehen könne“, oder ob die Mitglieder vielleicht glaubten, es gebe ihnen bereits so gut, daß sie meinten, auf den Besuch der Versammlungen verzichten zu können, oder wie die bei solchen Gelegenheiten erhobenen Klagen sonst noch lauten. Es sind das alles Ausführungen, wovon man wünschen möchte, die Unternehmer erfüllen nie etwas davon.

Alle diese Klagen sind gewiß berechtigt um der Sache willen. Wie ist aber dieser schlimmen Er scheinung abzuhelfen? Auf die Beantwortung dieser Frage kommt es weit mehr an, als darauf, zu erfahren oder zu wissen, ob das wirtschaftliche Wohlergehen der Kollegen für sie ein Hindernis zum Versammlungsbesuch ist oder nicht. Uebrigens äußert sich der Indifferentismus, die Indolenz oder Gleichgültigkeit nicht nur in dem schwachen Besuch der Versammlungen, sondern dies tritt auch hervor in der sämigen Vortragleistung und wirkt hier einer gut funktionierenden Massenführung direkt entgegen. Bei der gänzlichen Auseinandersetzung oder gar Preisgebung aller gewerblichen Bestrebungen kann man wohl kaum noch von einem Indifferentismus reden, sondern viel eher, wo die Selbstsucht nicht gerade hervortritt, von einem Pessimismus, der sich so oft in den Worten kundgibt: Es muß doch nichts! Von diesem und den ihm Verfallenen seien wir ganz ab.

Wie alles eine Ursache hat, so natürlich auch der so oft beklagte Indifferentismus in gewerblicher Beziehung. Sie besteht in manchen Dingen. Oft ist diese Gleichgültigkeit der Niederschlag einer in der Person vorhandenen Missstimmung, die verschiedene Ursachen haben kann. Oft entspringt sie auch einer mißverstandenen Auffassung über die Aufgaben der Gewerkschaft. Sehr oft ergibt sie sich aber aus der Gepflogenheit des deutschen Arbeiters, die Ursachen dort zu suchen, wo sie gewiß nicht immer liegen, nämlich: bei den beamteten Kollegen in der Gewerkschaft. Handelt es sich nun um das schuldbeladene Haupt eines Redakteurs des Verbandsorgans oder um das eines sonstigen Verbandsfunktionärs. Den Anspruch auf Unfehlbarkeit erhebt gewiß niemand, womit gefragt sein soll, daß auch bei den beamteten Kollegen einmal Fehler vorkommen können. Wenn aber von einem Ver schulden gesprochen wird, so sollte in Beziehung auf die Ursachen des Indifferentismus in gewerblichen Dingen in Betracht gezogen werden, daß diese oft bei den Mitgliedern selber liegen. Was speziell den Versammlungsbesuch betrifft, so sollte man bedenken, daß es hier viele Umstände gibt, die geeignet sind, den Mitgliedern den Besuch zu verleidern, oder das Interesse an den dort zur Beratung stehenden Fragen zu vermindern.

Wenden wir uns zunächst einmal dem Vortragenden und dem Thema zu, das er seinem Vortrage zugrunde legen und vor seinen Hörern „behandeln“ will. Wenn der Vortrag zu einem geeigneten Mittel der Aufklärung und Belehrung werden und somit seinen Zweck erfüllen soll, so sind zunächst zwei unerlässliche Voraussetzungen zu erfüllen, und zwar: Der Vortragende soll den Gegenstand seines Referats durchaus kennen und auch die Form beherrschen. In der Wahl und Durcharbeitung seines Stoffes soll er geschickt sein, und die Behandlung des Referats sei derartig, daß sie sich dem Verständnis des im allgemeinen eines Buches der flüssige Stil, so wirkt bei einem Vortrage die einfache, von Einschätzungen freie Darstellungsweise angenehm. Auch haben Vorträge wie z. B. über: „Die materialistische Geschichtsauffassung“ und sonst über Themen mit hochklingenden Namen, so interessant sie sonst auch sein mögen, im allgemeinen für die Teilnehmer an einer Gewerkschaftsversammlung weit weniger Wert, als das so oft behandelte und vielleicht nur gerade deswegen vielfach besprochene Thema „Zweck und Nutzen der Gewerkschaftsorganisation“. Zum vollen Verständnis des ersten genannten Vortrages ist immer, selbst bei einer populären Darstellungsweise des Redners, eine gewisse Vorkenntnis, man möchte sagen Vorbildung not-

wendig, die im allgemeinen unter den Hörern aber nicht vorhanden ist und bei denjenigen auf keinen Fall, die wir erst einmal für die gewerblichen Bestrebungen zu gewinnen suchen müssen. Die Sprache des materialiellen Interesses hingegen ist über jeden verständlich, und bei geeigneter Behandlung eines solch realen Gegenstandes wird sich das Interesse schon finden. Bei dem weiteren Betreiten dieses Weges wird auch weniger über „Interesslosigkeit seitens der Mitglieder“ zu klagen sein. Im Gegenteil, es wird vielleicht eine Hingabe an die Bestrebungen der Gewerkschaft eintreten. Ihr ABC muß nur erst gelehrt werden.

In den vorstehenden Ausführungen soll nicht etwa gelagt sein, daß das oft behandelte Thema nun auch in allen Versammlungen und auf lange Zeit behandelt werden solle. Es ist hier nur als ein Beispiel dafür gewählt worden, daß man bei der Wahl des Vortragsstoffes auf das „Milieu“ der Hörer Rücksicht nehmen soll. Uebrigens bieten die Verhältnisse des gewerblichen Lebens und die der Organisation so vielfach Anlaß zu fruchtbringenden Besprechungen, daß das Interesse dafür stets nach erhalten werden kann.

Dann kommt auch die Sprache des Vortrages sehr in Betracht. Der Vortragende soll nicht nur von der Berechtigung seiner Sache überzeugt sein, er sollte sich auch immer einer einfachen, schlichten und schmucklosen Redeweise befleischen, wobei allerdings geschickt und richtig gewählte Beispiele und Redebilder gut wirken. Nichts aber wirkt auf einen eine sachliche Ansprache liebenden, Belehrung suchenden oder auf einen durch eigenes Studium auf diesem oder jenem Gebiet mehr oder weniger gut unterrichteten Hörer ungemein, als eine Art Vortragsleben, ein Prozen mit Kraftausdrücken, wie man es so oft bei manchen Versammlungsrednern oder Referenten findet. Was den Ton anbetrifft, so sollte er hier nicht schlechter sein, als er allgemein im bürgerlichen Leben ist, und was dort nicht als wohlanständig gilt, das sollte auch bei uns berügt sein. Der denkende Arbeiter liebt wohl eine einfache, schlichte, aber keine Sprache, die abstößt. Beachtet man dies, so wird sich für viele Versammlungsteilnehmer das Interesse an den Beratungsgegenständen erhöhen und der Klagen über den schwachen Versammlungsbesuch werden weniger sein.

Man wird hier vielleicht einwenden, daß der Klassenkampf einen schärferen Ton erheische oder doch wenigstens rechtfertige und daß der Ton die Musik mache. Allein es kommt weniger auf den Ton als auf die Tonart an. Uebrigens gibt es auch schlechte Musik, auch wenn sie fortissimo spielt. Der aus dem Klassenbewußtsein entspringende Klassenkampf kann sich auch in würdiger Weise äußern. Alle diese Ausführungen sollen gewiß keine Anklagen, sondern nur Hinweise sein, um der hier und dort bestehenden Versammlungsfräigkeit der Mitglieder entgegenzuwirken, einem Uebel, das man beseitigen will.

Ferner bleiben manche Kollegen den Versammlungen fern, weil sie dort gar oft Zeugen des Missbrauchs von Zwistigkeiten werden, die unter den Angehörigen der Gewerkschaft entstehen und die ihren Niederschlag sozusagen in der Versammlung finden. Dovon weiß die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung leider gar vieles und unruhiges zu berichten. Persönlichkeit hat, Differenzen über Lohn- und Arbeitsangelegenheiten, zuweilen auch wohl Reiz auf besserstudierte oder führende Mitglieder. Der Bericht zum Ausbruch kommt. Ist aber die Leitung der Versammlung sich ihrer Aufgabe bewußt und imstande, derartige Dinge fernzuhalten, so wird sie der Unterstüzung durch die Mitglieder sicher sein und diese werden künftig ihrem Ruf gern folgen und weniger geneigt sein, die Versammlungen zu schwänzen.

Alle vorstehend genannten Schäden und den Versammlungsbesuch hindern und beeinträchtigen Umsände, deren Auszählung hier wohl keineswegs erschöpft ist, sind bei einiger Geschicklichkeit und gutem Willen zu beseitigen; man sollte sie immer und überall beseitigen, wo man den nachteiligen Einfluß erkennt, den sie auf die Organisation ausüben.

dürfen in solcher Weise gläubig sein. Und ebenso freudig nehmen wir nun hinzu, was der Impressionismus über das vor dem Errungene hinaus bietet.

Daher das nicht wenig ist, läßt eben das Lebenswerk eines Künstlers wie Liebermann erkennen. Dieser Maler ist uns wert als einer, dessen Werke das arbeitende Volk in seinem schweren Schaffen beschauten. Aber nicht dieser Stoff seiner Bilder allein darf uns fesseln. Denn darüber wirkt gar nicht an die Fälle seines Schaffens heran, und vor allem bleibt das Beste beiseite liegen. Wir müssen in die Art eindringen, wie er seinen Stoff behandelt. Wenn das gelingt, dann schärt und weitet sich wohl der Blick, so daß er den Gewinn und Genuss eines neuen starken Naturgefühls erzielt, das auch im begrenzten Staune großen Weitblicken fähig ist.

Sich erziehen zum Kunstschein bedeutet nicht einen Dienst, den wir um bloßen ästhetischen Genuss willen der Kunst leisten, sondern wir leisten diesen Dienst wirklich vorweg uns selber: wir kräftigen in uns ein Individuum der menschlichen Art, so daß es nun klarer bewußt und intimer mit der Welt, von der es überall anders umgeben ist, verbunden sein kann.

Nach Frankreich sehen wir hinüber, wenn wir die neuere Entwicklung unserer Malerei geschichtlich erfassen wollen. Die Maler, die sich in Barbizon, dem Dorfchen im Walde von Fontainebleau, niederließen, bedeuten das erste neue Ereignis im Kampfe um die Erneuerung gelunden Naturfühlens und Naturschauens. In ihrem Werk löste sich die neueste Zeit von der klassizistischen Ateliermalerei los. Millet (geb. 1816) wird endlich der Name dieses Kreises, der am weitesten liegt und der nun auch (neben Delacroix, dem Maler der Sullivans) der deutschen Arbeiterkunst, nicht zum wenigsten durch die Millet-Moppe des Kunstmärkte, immer mehr geläufig wurde. Hinter diesen Malern von Barbizon aber wirkte die alte holländische Tradition der Rembrandtszeit und die neue englische Lehre des John Constable, der sich in Hampstead bei London angesiedelt hatte und die baumreiche, hügelige Heide mit ihrem schwer bewegten Wolkenhimmel und schleierartigen Lustmeilen tanzendfältig gezeichnet und gemalt hatte. Constable gerichtet war der Bauernmaler Millet. Urvorsichtig, rostvoll anschauend, redete sich neben ihm Courbet, der Maler des Steinlopfersbildes, das in den 50er Jahren den neuen Realismus der Malerei wie mit einer revolutionären Tat einleitete (der Kunstmärt hat es als farbigen Zugangsdruck für 1 M erscheinen lassen), derseitige Courbet, der nachmals zur Pariser Kom-

Ei gewisser Prozentsatz der Mitgliederzahl wird immer vorhanden sein, der aus dem einen oder anderen berechtigten Grunde am Erscheinen verhindert ist, ebenso wie es deren nicht wenige gibt, die, obgleich Mitglieder, überhaupt keinen Anteil am Leben der Organisation nehmen. Daher wird es auch stets eine zwar gut gemeinte, aber nie ernst zu nehmende Redensart sein, daß alles, bis auf den bekannten „lebten Mann“ in der Organisation sein und in der Versammlung erscheinen möge. Man kann schon zufrieden sein, wenn sich die Zahl der Teilnehmer an der Versammlung erheblich erhöhte und das alles befolgt würde, was in den vorstehenden Zeilen ausgeführt worden ist; alsbald wird der gewerbliche Indifferentismus, wenn auch nicht ausgerottet, so doch in der im vorstehenden Ausschlag geschilderten Weise weniger hervortreten.

## Verbandstag der rheinisch-westfälischen Maler- und Ausstechermeister in Köln.

Der Maler- und Ausstechermeister-Zinnungsverband von Rheinland und Westfalen hielt am 21. Juli hier seine diesjährige Tagung ab. Den Geschäfts- und Kassenbericht erstellte Mr. Berres-Düsseldorf. Hiernach sind dem Verband 39 Zinnungen mit 2524 Mitgliedern und 109 Einzelmitglieder angegeschlossen. Die ungünstige materielle Lage der Handwerker, führte Meiner aus, habe sich noch nicht gebessert; durch die großen Anprüche der Gesellen, die Preiszehrung der Materialien usw. könne von einem ordnungsmäßigen Gewinne keine Rede sein. Abhilfe könne man nur durch einen Zusammenschluß in den Arbeitgeberverbänden erwarten. Das habe sich schon bei dem Lohnkampf im letzten Kreisjahr gezeigt. Es sei darauf hinzuwirken, daß bis zum 31. Dezember 1908 möglichst alle Meister geschlossen im Arbeitgeberverband vereinigt seien, da dann alle Verträge der Gehüßen ablaufen. Die Einnahmen betragen 1621,09 M., die Ausgaben 945,37 M., der Bestand 675,50 M. Der Haushaltsposten wurde in Einnahme und Ausgabe auf 9378,50 M. festgestellt. Nach der Vornahme der Wahl der Rechnungsprüfer wählte man in den Vorstand Schnellen-Düsseldorf, Habs-Dortmund und Küllermaier-Böchum. Ein Antrag, den letzten Satz des § 1 der Statuten wie folgt zu fassen: „Der Verband umfaßt die Provinz Rheinland und Westfalen und bilden bar die Bezirke und hat seinen Sitz in Düsseldorf“ wurde angenommen. Die Innung Köln hat beantragt, der Verbandsvorstand möge die Summe der Verluste ermitteln, die den Meistern durch Bauunternehmer entstanden sind und das Material den Abgeordneten zu senden, damit sie es bei der Beratung des Gesetzentwurfs zur Sicherung der Bauforderungen verwenden können. In Köln habe man bei 25 Meistern in den Jahren 1905 und 1906 einen Verlust von 114 000 M. festgestellt. Als man sich an die Handwerkskammer gewandt, sie möge mithelfen, auch die Verluste der übrigen Bauhandwerker zu ermitteln, sei dies abgelehnt worden. Kammervorstand Figge bemerkte hierauf, daß die Innung nicht den richtigen Weg eingeschlagen habe, da man sich erst an den Zinnungsausschuß habe wenden müssen. Im Uebrigen könne er sagen, daß der Gesetzentwurf zur Sicherung der Bauforderungen sich in einer so günstigen Verfassung befindet, daß man das Gesetz bald haben werde; es sei schon unter Dach und Fach und mehr kann nicht geschehen, als man erwartet habe. Der Antrag Köln gelangte zur Annahme. In einem Reserat des Herrn Berres über die Fortbildungsschule und ihre Beziehungen zur Zinnung bemerkte dieser, daß die Erfolge der Zwingg-Fortbildungsschule nicht so groß seien, wie die der freiwilligen Fortbildungsschulen. Heute habe man eine allgemeine mangelhafte Ausbildung, während man früher eine vorzügliche Einzelbildung hatte. Es sei richtiger, den Unterricht in den Volksschulen um ein Jahr zu verlängern. Die Zinnung Dortmund hatte den Antrag gestellt, den Fortbildungskreis für die Lehrlinge des Maler- und Ausstechergewerbes im Sommer ausfallen zu lassen und mehr Stunden im Winterhalbjahr abzuhalten. Kreisel wollte die Unterrichtszeit zwischen Ostern und Pfingsten in Fort-

mune gehörte und dessen Tat der Sturz der Vendome-Säule, dieses Symbols des zaristischen Gedankens war.

Wie Millet war auch Courbet nur ein Revolutionär des Stoffs. Die 60er Jahre aber bringen nun den Revolutionär des materialistischen Ausdrucks: Edouard Manet, dessen Herold kein Geringerer als der junge Zola war. Als dem Atelier führte Manet seine Kunst unmittelbar vor die freie Natur und zum hellsten Bewußtsein ihrer Eichtherrlichkeiten, und an seiner Freilichtkunst entwickelte Zola in hymnisch geschriebenen Kritiken das Ziel des modernen Naturalismus: die Wirklichkeit, gesehen durch ein Temperament. Manet war nicht der erste Freilichtmaler überhaupt: es gab deren schon einige in der Renaissancezeit des 14. Jahrhunderts und dann im Holland des 17. Jahrhunderts, wo der Delfter Vermeer, im Beginn des 19. Jahrhunderts, wo der Spanier Goya und der Engländer Constable, und um die Mitte des 19. Jahrhunderts, wo der Berliner Karl Blechen aus eigener Kraft auf Freilichtbahnen geriet. Aber in diesem neuen Jahrhundert, dem die gewaltige Entwicklung der Naturwissenschaften ein neues Verhältnis zur Natur, ein neues Naturschauen, Natururzähnen, Naturfühlen gab, handelt Manet den stärksten freilichtlichen Ausdruck für dieses neue Schen des Auges. Und auch diese neue neue Bewegung — Manet selber gab sich vor allem dem Eindruck des großen Spaniers Velasquez hin — richtet den Blick nach der Kunst des alten Holland.

Mitten in diesen Strom des Gärns und Neuerwerbens ist der junge Liebermann geraten. In den Ateliers der deutschen Historienmaler und südländischer epigonen Klassizisten der schönen Linie hatte er lernend mit dem Pinzel gewirtschaftet. Aus eigener Kraft war ihm in jenen Jahren einmal der Gedanke aufgeblitzt: Bauern, die vor dem Tore Weimars bei der Ackerarbeit lab, so zu malen, wie sie sich ihm gerade zeigten, sei viel eigentlicher eine Aufgabe, die ein Maler erfüllen könnte. Als er nun in Weimar durch belgische Lehrer an die neue französische Malerei heran kam und in München 1869 in den Raum Milletscher und Courbetischer Schöpfungen geriet, trieb es ihn nach Paris, das schon, wie Leibl's Lehrjahre zeigen, zum Mutterland junger deutscher Maler geworden war.

Die Namen Millet, Courbet und Manet gehören voran. Sogar in Barbizon hat Liebermann eine Weile gewohnt (1874), aber Millet starb, ehe er ihm näher treten konnte. Courbet war seit der Pariser Kommune ja mit seiner sozialen Malerei geächtet, und Manet machte gerade damals,

## Max Liebermann und die Entwicklung der modernen Malerei.

### Zu des Künstlers 60. Geburtstage.

Die Malerei spielt auch eine Rolle in der Naturgeschichte des Menschen. Insfern sie nämlich Merkmale für die Höhe der Entwicklung des menschlichen Auges liefert. Und wiederum hat die Malerei natürlich bedingte Entwicklung der Malerei rückwirkend die Kraft, der Entwicklung des Auges zu dienen. Insfern nämlich die Bilder, die darauf schließen lassen, daß das Auge ihres Schöpfers besonders hoch organisiert ist, wichtige Mittel sind, erzieherisch auf die Schärfe der anschauenden Menschen einzuwirken.

Diese Erkenntnis des natürlichen Verfalls der Malerei, die Entwicklung des menschlichen Körpers an wichtigster Stelle zu fördern, ist von größter Bedeutung. Sie ruht die Vorgänge im Reiche der Malerei in den Kreis allgemeiner Lebensinteressen, und so müste schon von hier aus den Ereignissen, die sich seit einem Menschenalter und länger in der Malerei abspielen, weithin ernsthafte Auswirkungen gesichert sein. Wir haben in dieser Periode die Entdeckung und den Sieg der Freilichtmalerei und deren Entwicklung zum Impressionismus erlebt, und beides ist für Deutschland zumeist an den Namen Max Liebermann geknüpft.

Heftige Kämpfe wurden in den letzten Jahren um diesen Künstler geführt, der am 20. Juli 1847 als Sohn eines alteingesessenen jüdischen Kaufmanns in Berlin geboren wurde. Ganz wesentlich hielten in diesen Kämpfen die Absicht mit, breite Schichten Künstlernester aus der einseitigen Bewunderung für die romantische Phantasiekunst Böcklin herauszureißen und zu größerer Beachtung eben der impressionistischen Wirklichkeitkunst hinzuführen. Böcklin wurde in Grund und Boden verdammkt. Das war eine Extravaganz, die das Ziel des Kampfes nicht brachte. Die bloße Tatsache, daß Menschen von geringster und von höchster Entwicklung des Auges jaften, kann keinen Zwischenstufen zeitgenössisch nebeneinander wohnen, beweist, daß materialistische Kunst aller Entwicklungsräume ihre genuinverschaffende und erzieherische Bedeutung endauernd behalten muss. Soll die Kunst nur groß, gibt sie also eine geniale Persönlichkeit ganz, so wird sie ihren Wert schwerlich je einzufassen. Wir, die wir vor den im letzten Jahrhundert in reicher Menge neuverlorenen Bilderschätzen vergangener Zeiten mit steidigem, staunendem Genießen stehen,

fall bringen. Der Director des Cölnner Fortbildungswesens Dr. Knoppers wandte sich entschieden gegen diesen Vortrag, der vom pädagogischen Standpunkte aus unmöglich sei. Von anderer Seite wurde entgegengesetzt, daß diese Einrichtungen, wie sie Dortmund vorschlage, in Barmen und Siegen mit gutem Erfolge durchgeführt seien. Herr Digge meinte, man müsse etwas für den Nachwuchs tun. Die Opfer könne man dadurch abschwächen, daß man die Lehrzeit und die Zahl der Unterrichtsstunden verlängere. Dr. Knoppers antwortete, daß man mit dieser Begründung bei der Behörde keinen Verlängerung der Lehrzeit ein Glück haben werde. Nebrigens bedeute der Besuch der Fortbildungsschule durch die Lehrlinge für die Meister keinen Verlust, sondern nur einen Gewinn. Nach langer Debatte einigte man sich auf folgenden Beschluss: „Sämtliche Innungen des Verbandes sollen bei den Behörden dahin vorstellen werden, daß die Unterrichtsstunden in den Fortbildungsschulen weniger in die Sommer, sondern in die Wintermonate verlegt werden und daß in der Zeit von Ostern bis Pfingsten der Unterricht ganz ausfällt.“ Neben das Genossenschaftswesen im Malergewerbe sprach Herr Northaus-Bremen. Er hielt als eines der geeigneten Mittel zur Förderung des Handwerks die Kreditgenossenschaft und die Maler-Rohstoff-Genossenschaft. Sie mache den Meister vom Lieferanten unabhängig und erziehe zur guten Buchführung, Bilanz und Kalkulation. Auch hätten diese Genossenschaften einen organisatorischen Wert.

Der 1. Verbandsstag des Arbeitgeberverbandes für das Maler-, Anstreicher- u. verw. Gewerbe in Rheinl. u. Westf. wurde am 22. Juli im Isabellenzaal des Gürzenichs zu Köln abgehalten und von Herrn Wipperling-Elberfeld eröffnet, der einen Rückblick auf das erste Geschäftsjahr des Verbandes warf, das reich an schweren Ereignissen gewesen, aber der Verband habe alles glücklich überstanden und seine Existenzberechtigung bewiesen. Die Wupperthalen hätten die erste Liane für den Verband gebrochen und dann habe sich Erfolg am Erfolg gereicht. Die Gehilfenschaft habe es einstetig darauf abgesehen gehabt, bei dem Streit dem Arbeitgeberverband das Wasser abzutragen und dieses würde ihr auch gelungen sein, wenn die Meisterschaft sich nicht so geschlossen gehalten hätte. So wurde die Aussperrung glänzend zu Ende geführt. (Was soll die ganze Plunkerei bedeuten? Die Aussperrung war doch schon in den ersten acht Tagen „glänzend“ ins Wasser gefallen. Ist es denn für die Herren gar zu schwer, der Wahrheit die Ehre zu geben?) Die Arbeitsteilenden müßten noch herangezogen werden, was man durch die Gründung eines allgemeinen deutschen Arbeitgeberverbandes zu erreichen hofft. Eine allgemeine Übersicht über die bisherige Tätigkeit und augenblickliche Lage des Verbandes gab der Geschäftsführer Herr Wenner-Bremen. Hier nach sind 16 Ortsverbände mit 1446 Mitgliedern vorhanden, die jährlich rund 6½ Millionen Mark Lohn zahlen. Die Lohnzahlung entspreche einem Beitrag von 3250 M. An Korrespondenzen seien etwa 500 eing- und ausgegangen; 56 Versammlungen haben stattgefunden. Der Redner fragte über verschiedene Ortsverbände, die ihren Verpflichtungen gegen den Verband in bezug auf Beiträge schlechte nachgekommen seien und nannte auch Köln, wo man noch bis Frühjahr 1908 einen Vertrag mit den Gehilfen habe. Hierbei sei aber zu bedenken, daß nach Ablauf des Tarifvertrages in Köln ein Streit mit Bestimmtheit zu erwarten sei und da müsse man gewappnet daliegen. Der Kassenbericht weist eine Entnahme von 3696 M und eine Ausgabe von 3438 M auf. Da der Verband aber noch einen Beitrag zu decken hat, so ist ein kleines Defizit zu verzeichnen. Die Revisoren wurden für das nächste Geschäftsjahr wieder gewählt. In den Vorstand wurden gewählt die Herren Spindler-Duisburg, Rosenbaum-Hagen und Wipperling-Elberfeld.

Die folgenden Punkte der Tagesordnung „Erhöhung der Beiträge“ und „Wahl eines Geschäftsführers“ wurden zusammen verhandelt. Es entpuppte sich eine rege Debatte, worin man mehrmals auf die Opferwilligkeit der Gehilfen hinwies. Mit großer Majorität beschloß man die Erhöhung der Beiträge von 50 M pro 1.000 M gezahl-

ter Löhne auf 1 M und genehmigte die Anstellung eines besoldeten Geschäftsführers. Als solchen wählte man Herrn C. Werner-Bremen. Herr Salomon-Elberfeld sprach über den Aufbau des Verbandes und empfahl die Gründung eines Arbeitgeberverbandes über ganz Deutschland, die auf dem diesjährigen Malertag in Hannover zur Debatte stehe. Anzuhören habe man mit Süddeutschland Anknüpfungspunkte gesucht und heute könne man die erfreuliche Tatsache verzeichnen, daß Nord und Süd einmütig zusammengenommen. Nachdem der große Verband gegründet werde man Einfluss auf die Gesetzgebung gewinnen und etwas Erfreiliches erreichen. Nichtsdestoweniger müsse man die Kleinigkeit nach wie vor betreiben, namentlich in den Unterverbänden. Es wären bereits geheime Verhandlungen geflossen, über die man heute noch nicht berichten könne. Hiermit war die Angelegenheit erledigt. Als Delegierte zu dem am 4. September in Hannover tagenden deutschen Malertage wählte man die Herren Wipperling, Salomon und Werner. Letzterer soll auch zum süddeutschen Malertag in Darmstadt entsandt werden.

Eine gemeinsame Versammlung des Innungs- und Arbeitgeberverbandes der Maler- und Anstreichermeister von Rheinland und Westfalen tagte am 22. Juli, nachmittags im Isabellenzaal des Gürzenichs zu Köln. Der Geschäftsführer Mr. Berres-Düsseldorf berichtete über die Verechnung und Bezahlung eingeforderter Kostenanschläge bei Reichstübertragung der Arbeiten. Überall herrsche das Bestreben, auf billige Art und Weise zu Kostenanschlägen zu gelangen und so werde ein Meister gegen den anderen ausgespielt. Laut einem Urteil des Reichsgerichts habe der Meister das Recht, von den Anspruchsberechtigten bei Reichstübertragung der Arbeiten eine Bezahlung für die Mühehaltung, die ein Kostenanschlag verursacht, zu fordern. Als Entschädigung wurden folgende Gebührensätze festgesetzt: Bei einer Summe von 100 M = 10 M in Rechnung zu stellen; ferner bei Beträgen bis zu 500 M = 15 M, bis 1000 M = 25 M, bis 2000 M = 40 M und über 2000 M = 3 Prozent des Anschlages. Über Entwurfssätze ist eine Entschädigung von 20 M zu zahlen. Bei Kostensummen von unter 100 M bis 500 M = 40 M, bis 1000 M = 70 M, bis 2000 M = 100 M und über 2000 M = 5 Prozent des Anschlages. Herr Josef Schmitz-Cöln referierte über Sicherung der Bauforderungen und die Schäden in unserer Gewerbe. Der Redner forderte die Festschreibung der Summen, die dem Bauhandwerker verloren gehen, um Material für die Reichstagsabgeordneten zu erhalten bei Beratung des Gesetzentwurfs über Sicherung der Bauforderungen. Alsdann wandte sich Herr Sch. gegen das Submissionsweichen und trat für einen festen Zusammenschluß aller Meister ein, um Gemeinde zu schaffen. Schließlich hielt man eine noch von dem Vorstand ausgearbeitende Resolution, die das Gesetz der Sicherung der Bauforderungen fordert und die mit Unterschriften aller deutlichen Bauhandwerker versehen und dem Reichstag eingereicht werden soll, gut.

Die Frage: „Welche Lehren ziehen wir aus der letzten Lohnbewegung?“ behandelte Herr Wenner-Bremen. Die größte und bedeutendste Lohnbewegung in diesem Frühjahr sei zu Gunsten der Meister (?) ausgefallen und die Vorteile würden baldigst die Verluste wieder wett machen. Der Weg der Ausperrung sei entschieden der richtige gewesen; aber auch Mängel hätten sich gezeigt dadurch, daß in einzelnen Städten die Privatunternehmen der Meister über die Gesamtinteressen gestellt wurden. Ein weiterer Mangel sei die Leichtgläubigkeit der Meister gegenüber den von den Gehilfen in ihren Zeitungen lancierten Notizen und das unkollegiale Verhalten einzelner Meister, die die ausgeschworenen Gehilfen in Arbeit nehmen. (Die große Mehrzahl der rheinisch-westfälischen Anstreichermeister hatte eben ein anderes Urteil über die danebenliegende Ausperrung. Die von dem Geschäftsführer ausgesuchten, den Tatsachen strikte gegenüberstehenden Vorgänge wurden auch von dem leidenschaftlichen Teile der Meisterschaft gleich von Anfang an richtig bewertet.) Man möge die Lehre daraus ziehen, daß man

in den ersten 70 Jahren, die letzte wichtigste Phase seiner Entwicklung durch Courbet-Einfluß war schon seit Jahren über Frankreich hinaus groß gewesen: Der ungarnische Maler Muntaczy, der durch seine Stiche aus der Verbrecherwelt seines Heimatlandes schnell bekannt wurde, übernahm auch die düstere schwarzartige Art des französischen Vorbildes, und er und Courbet haben das Bild stark beeinflusst, das Liebermann 1872 in Weimar malte: „Die Gänsegrüpferinnen“, das ihm in Deutschland eine Art von Spott und Verlusterung eintrug. „Sohn der Künstler“ und „Apostel der Hässlichkeit“, waren die Namen, die man dem jungen Maler anhing. Einer freiheitlich — und das war wichtig — lobte ihn: Adolf Menzel; der wünschte, den Maler kennen zu lernen, und als er zu ihm kam, begrüßte er ihn mit den charakteristischen Worten: „Also Sie sind der Liebermann, der das Bild gemacht hat. Wissen Sie was? Das Bild sollte man Ihnen um die Ohren schlagen — es ist quergezeichnet; aber so etwas macht man erst mit fünfzig.“ Menzel war der einzige deutsche Maler, der für Liebermanns Werden ernstlich etwas bedeutete. Seine Kunst, die Wirklichkeit bis ins kleinste Einzelne zu versetzen, mischte ihn reizen. Er knüpfte bei ihr an, ganz wie bei Wilhelm Leibl verwundeter Art. Aber sie konnte auch nur ein Ausgangspunkt sein für Liebermann, dessen Entwicklung zu einer Kunst führen sollte, in der nicht mehr das Einzelne, sondern das Wesentliche der Erscheinung im Verhältnis zu ihrer Umwelt Bedeutung besaß.

Da Liebermann über den bloß nachbildenden Naturalismus hinaus wollte, konnte gerade Millet ihm etwas geben, der nicht bei der äußeren Wirklichkeit stehen blieb, sondern die innere Wirklichkeit seiner Bauern in religiösem Gefühl ausdrücken suchte. Schon Bilder wie die „Münzenarbeiter“ und die „Konkubinenmacherinnen“, deren berber sozialer Ernst auch auf Courbet wies, verrieten Millets Einfluß. Ganz stark zeigten ihn aber die „Neuzellerlinnen“, die „Bauern im Portofotelfelde“, die „Frau mit der Blume“, das Bild „Mutter und Kind“. Mit dem Erfolg, den der junge Maler in Frankreich fand, konnte er aufreden sein, aber er ist nicht allzu lange in Frankreich geblieben. Er machte sich sehr bald auf, die Holländischen Maler, deren lehrende Kraft hinter dem Neuen wohl zu hören war, in ihrem eigenen Lande zu suchen und zu erfassen.

Holland, die Heimat von Rembrandt und Franz Hals und nun des Malers Joseph Israels, dem auch ein Millet-Vorbild gewesen war, ist seit 30 Jahren die eigentliche Künstlerheimat Liebermanns gewesen. Hier, wo das See-

unbedingt einer straffen Organisation bedürfe, daß Bewußtsein müssen in dem Meister erweckt werden, daß die Gesamtheit zu gewissen Zeiten Opfer von ihm verlangen kann. Wenn das Solidaritätsgefühl im Meister erwacht sei, dann würde man den Segen schon einheimischen können. Hierzu sprach Herr Weiz-Düsseldorf über Arbeitserorganisation und Mittelstand und kam zu dem Schluß, daß man von den Arbeitern viel lernen könnte. Der kolossale Erfolg der Gewerkschaftsbewegung sei namentlich auf das Vertrauensmännerystem und auf die Agitation von Mund zu Mund zurückzuführen. Diese müsse auch bei der Handwerkerorganisation eingeführt werden. Der Redner empfahl, im ganzen Deutschen Reich „Mittelstandsvereinigungen“ zu schaffen. In Düsseldorf habe man große Erfolge mit der Mittelstandsbewegung erzielt. Politisch werde nicht darin getrieben, aber aufklärend werde gewirkt und das führe auch zum Ziel. Es wurde folgende Resolution fest einstimmig angenommen: „Die Versammlung erkennt es als dringende Notwendigkeit an, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß die Gesetzesvorlage über die Bevorzugung der Bauforderungen baldigst verwirklicht wird. Zuerst sieht die Versammlung in der Bildung von Mittelstandsvereinigungen das beste Werkzeug, das Handwerk gegen alle ihm feindlichen Streitungen zu schützen und ihm die Stellung zu verschaffen, die ihm gebührt. Ferner gelangte folgende Resolution zur Aufführung: „Die Versammlung habe es für richtig anerkannt, daß die Regierungen angegangen werden sollen, das sehr verbessungsfähige Innungsgesetz einer baldigen und gründlichen Neorganisations zu unterziehen.“ Als Ort des nächsten Verbandsstages wurde Bielefeld bestimmt.

Unsere Kollegen können aus dieser Tagung mancherlei lernen. Mit allen Mitteln streben die Unternehmer unseres Gewerbes auf eine einheitliche Centralorganisation für ganz Deutschland hin; die Beiträge werden um das Doppelte erhöht, um die Organisation leistungsfähiger zu gestalten und zu gleicher Zeit wird ein besoldeter Geschäftsführer angestellt. Dieser Fortschritt muß den Kollegen eine erste Mahnung sein, in ihrer Reihen nun nachzuholen, was bis dato noch versäumt worden ist. Es ist keine Zeit mehr zu verlieren, die Säumigen heranzuholen, sie aufzuläutern und so wohlgerüstet allen bevorstehenden Eventualitäten gegenüberzustehen.

Ferner zeugt von einer ungemein sozialen Rücksicht die Resolution des Mittelstandsvertreters der Bevölkerung, daß alle Innungen bei den zuständigen Behörden um eine Einsicht in den Lohn der Fortbildungsschulunterrichts im Sommer und um eine gänzliche Aufhebung zwischen Ostern und Pfingsten vorstellen werden sollen. Dieses Gebahren zeigt sonnenklar, daß den Unternehmern an der Erziehung eines lüchtigen Nachwuchses absolut nichts gelegen ist; nur als Ausbildungssobjekte werden die Lehrlinge betrachtet und je mehr aus ihnen herauszuholen ist, desto besser.

## Lohnbewegung.

Buzung ist fernzuhalten nach:

Brandenburg a. H., Bad Brückenau, Görslitz, Bassan, Immenstadt im Allgäu.

Sperren. Die Sperre wurde verhängt über die Werkstätten von Rothe in Neugersdorf (Sächs. Laniz), Denzel, Auf dem Kreuz in Ulm, Geb. Meier in Offenbach, resp. die Werkstätten neu hauften in Wallheim i. W., Max Kritschke, Oskar Langen und Jos. Görlich in Sagan.

Die Sperre über die Werkstätte Elslepp in Sonneberg S.-M. dauert noch fort.

Wegen der Kämpfe im Baumgewerbe zu Berlin und Erfurt werden die Kollegen vor Bereise gewarnt.

Brandenburg a. H. Als wir im vorigen Jahre der hiesigen Innung einen Tarif eintreichten, wodurch natürlich eine Aufbesserung unserer Löhne, sowie eine Regelung der Arbeitsverhältnisse überhaupt stattfinden sollte, lehnte die Innung jede Verhandlung bez. Aufbesserung der Löhne ab. Die Jahreszeit, wie auch noch andere Gründe bestimmten uns, die Lohnbewegung im vorigen Jahre zu vertagen. Als wir nun in diesem Jahre den Lohntarif wieder eintreichten und wiederholt auf Verhandlung brängten, ließen sich die Herren endlich dazu herbei. Das Resultat dieser Verhandlung war ein Angebot der Arbeitgeber von 38 M (11) für Gehilfen; für Anstreicher wollten sie überhaupt keinen Lohnzuschlag vereinbaren. Allein wollten die Herren Arbeitgeber darüber befinden, nach „Leistung“, wie die allgemein üblichen Ausflüchte lauten, wollten sie zahlen. Wie es in Wirklichkeit mit der „Bezahlung nach Leistung“ aussieht, ist ja zur Genüge bekannt. Man denke sich also ein Angebot von 38 M, bei einem bereits gezahlten Durchschnittslohn von etwa 42 M pro Stunde, mit Einschluß der Löhne für Anstreicher. Daß dieses eine keine Kalkulation seitens der Arbeitgeber war, kann niemand bestreiten, daß die Arbeitgeber aber auch gar nicht daran dachten, auch nur um etwas die Löhne zu erhöhen, geht ebenfalls deutlich hieraus hervor. Nun sind gewiß noch 4 Mann ermittelt, welche unter 38 M bis herab zu 35 M pro Stunde 3 St. verdienten; dafür wollen sie auch die Anstreicher, wie schon oben erwähnt, ganz der „freien Vereinbarung“ überlassen. Also nicht nur keine Verbesserung, sondern eher eine Verschlechterung der jetzigen Verhältnisse, das war das Resultat des Angebots. Hieran ändert auch sehr wenig, wenn die Innung nach Abhaltung einer Versammlung selber schon die 38 M fallen ließ und dann 40 M bot. Nun kann man die Herren fortwährend klagen hören: „Wir haben keine leistungsfähigen Kräfte am Ort“, wollen aber den Lohn für Anstreicher der freien Vereinbarung, also so billig wie möglich, überlassen. Ob dadurch die Zahl der besseren Kräfte am Ort größer wird? Diese Frage, sollte man meinen, müßten sich doch die Arbeitgeber selber richtig beantworten können. Aber wir täuschen uns nicht, nicht um die besseren Kräfte handelt es sich, sondern nur um die billigen Kräfte; mit diesen glaubt man besser konkurrenzieren, mehr verdienen zu können. Diese irrite, und für das ganze Gewerbe so schädigende Auffassung ist leider noch zu sehr verbreitet. Die Kollegen lassen nur zu der Überzeugung, daß hier zum letzten Mittel geprungen werden müßt, um endlich etwas vorwärts zu kommen in der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse und legten am Mittwoch den 24. Juli die Arbeit nieder. Am Freitag den 26. hat die Innung bereits eine Versammlung abgehalten und uns dann zu einer Verhandlung am Montag den 29. Juli eingeladen. Hoffen wir, daß uns die Arbeitgeber soweit entgegen

(Schluß folgt.)

Kommen, daß ein halbiger Friede möglich wird. An uns solls nicht liegen.

— In Ostrowo, unweit der russischen Grenze, einem Städtchen mit etwa 13 000 Einwohnern, wurde im November vorigen Jahres eine Zahnstelle unseres Verbandes gegründet. Dies blieb natürlich auch den Arbeitgebern nicht unbekannt, und schon nach kurzer Zeit erhielt ein Kollege die Erlaubnung mit dem schriftlichen Bescheid: „Wie mir mitgeteilt ist, machen Sie Propaganda für einen Verband der Gehülfen und wollen dann mit Gewalt (!!) einen höheren Lohn erzwingen. Aus diesem Grunde kann ich Sie nicht länger beschäftigen. Anbei Ihre Karte.“ Nun ist ein derartiges Verhalten der Arbeitgeber durchaus nicht mehr, nur soll auch hier wieder gezeigt werden, daß, wenn die Kollegen sich nicht gleich einschüchtern lassen, sondern im Gegenteil ihre gerechte Sache dann um so energischer vertreten, die Arbeitgeber sich wohl oder übel recht schnell mit den neuen Verhältnissen abzufinden wissen. Die Kollegen hielten gut zusammen, und jetzt, nachdem die Zahnstelle circa 8 Monate besteht, durften wir den Lohn für unsere Einigkeit, für das solidarische Verhalten der Kollegen unter und zu einander entgegennehmen. Wie in allen Städten, wo unser Verband einen Einfluß auch nur durch Gründung einer Zahnstelle auf die Gestaltung der Lohnverhältnisse sofort ausübt, so haben auch hier die Arbeitgeber bereits im Frühjahr die Löhne zum Teil aufgebessert. Dadurch ließen wir uns aber nicht abhalten, für eine gründliche Regelung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses durch Schaffung eines Tarifvertrages einzutreten.

Am 22. Juli gelang es uns, die Arbeitgeber zur Verhandlung mit uns zu bewegen. Diese verlief sehr ruhig und wurde eine Einigung nach kurzer Zeit erzielt. Nachfolgender Tarif wurde unter Beisein des Kollegen Jakob aus Berlin abgeschlossen:

§ 1. Die tägliche Arbeitszeit beträgt im Sommer 10 Stunden, d. h. vom 1. April bis 30. September.

a) Die tägliche Arbeitszeit in den beiden Monaten März und Oktober darf längstens 9 Stunden dauern. Die Frühstückspause mit einer halben und die Mittagspause mit einer Stunde sind beizubehalten.

b) Die tägliche Arbeitszeit in den vier Wintermonaten November bis inkl. Februar darf längstens 7 Stunden dauern und kann nach gegenseitiger Vereinbarung bei geringer Arbeitsgelegenheit bis auf 6 Stunden täglich reduziert werden. Die Frühstückspause fällt in diesen vier Wintermonaten fort.

c) Jede weitere Ausdehnung der Arbeitszeit in den sechs Wintermonaten gilt als Überstunde.

d) In der Zeit vom 1. April bis 30. September ist an Sonnabenden  $\frac{1}{2}$  Stunde, an den Tagen vor Fasern und Pfingsten 2 Stunden früher Feierabend.

Diese Tage sind voll zu bezahlen.

§ 2. Der Minimallohn für Gehülfen und Anstreicher beträgt 40  $\text{S}$  pro Stunde. Vom 1. Juli 1908 ab beträgt der Mindestlohn für Gehülfen, welche über 20 Jahre alt sind, 43  $\text{S}$  pro Stunde.

a) Für Überstunden von 8 bis 10 Uhr abends sind 10  $\text{S}$ , für Nachtarbeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens und für Sonntagsarbeit sind 25  $\text{S}$  pro Stunde mehr zu zahlen.

§ 3. Nacharbeit ist möglichst zu vermeiden; wo diese aber dennoch zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbart wird, müssen die Abmachungen unter Garantie des bisherigen Stundenlohnes schriftlich fixiert und gegenseitig unterschrieben werden.

§ 4. Die Auszahlung des Lohnes hat Sonnabends innerhalb einer halben Stunde nach Schluss der Arbeitszeit zu erfolgen; eventuelle Warten über eine halbe Stunde hinaus ist als Überstunde zu bezahlen.

## Anzeigen.

### Aufforderung.

Der Kollege Jakob Klüttmann, geb. 23. November 1874 zu Lanewitz (Niederland), wird hierdurch aufgefordert, die mitgenommenen Hausschlüssel seinem Vorgesetzten zurückzugeben. Die Verwaltungen werden gebeten, uns den Aufenthalt des  $\mathcal{M}$ . mitzuteilen.

M 2.— Filiale Wiesbaden.

### Aufforderung.

Den Kollegen Karl Steinbe, Buchn. 30150 fordere ich hierdurch auf, unverzüglich seinen Verpflichtungen mir gegenüber nachzukommen.

Gustav Krumme,  
Hamburg 3, Valentinskamp 84.

Kollege Güratitsch, Serbe, wird gebeten, seine Adresse an  $\mathcal{M}$ . Staude, Bürich, zu senden. [60]

### Süddeutsche Postillon

Humoristisch-satirisches Blatt.  
Preis pro Nr. 10 Pf.  
Verlag von  $\mathcal{M}$ . Ernst in München.

50 bunte Malvorlagen Mk. 6.—  
Landschaften, Blumen, Seestücke, Vögel, Früchte, Amoretten, Jagdstücke, Tiere etc. (naturnäher).  
Ph. Brühl, Geisen i. Westf.

Soeben erschienen:

## Der Einfluss unserer Organisation auf die Regelung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses durch Tarifverträge.

Herausgegeben von der Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder Deutschlands. Verlag: A. Tobler, Hamburg 22.

Wir empfehlen unseren Mitgliedern dies Werk, das auf Grund der im vorigen Jahre aufgenommenen umfangreichen Statistik einen klaren Einblick in die allgemeine Berufslage, vor allem aber in die bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse aller Berufskollegen gewährt. Der Preis für das gebundene Exemplar beträgt 2 Mk., für die Mitglieder, wenn sie es durch die Filiale oder Zahnstelle beziehen, nur 1 Mk.

§ 5. Bei auswärtigen Arbeiten ist das volle Fahrgeld zu zahlen. Bei Entfernungen, wo die tägliche Hin- und Rückfahrt nicht stattfindet, ist außerdem eine tägliche Landzulage von 1  $\text{M}$  zu entrichten, sofern nicht Kost und Logis gewährt wird. Bleibt der Gehilfe auch Sonntags über Land, so ist der Aufschlag von 1  $\text{M}$  auch für diesen Tag zu zahlen.

Nach Arbeitsstellen, wo keine Fahrgelegenheit vorhanden ist, wird die Laufzeit über eine halbe Stunde hinaus in der Arbeitszeit zurückgelegt.

§ 6. Die Arbeitnehmer sind berechtigt, diesen Vertrag in allen Werkstätten an sichtbarer Stelle anzuhängen.

§ 7. Eine gegen seitige Kündigung des Arbeitsverhältnisses findet nicht statt.

§ 8. Dieser Tarif tritt am 22. Juli in Kraft und gilt bis zum 1. Juli 1909. Er läuft immer auf ein Jahr weiter, solange er nicht ein Vierteljahr vor Ablauf von der einen oder anderen Seite gekündigt wird.

Haben wir nun auch nicht gleich alles das erreicht, was wir forderten, so ist doch vor allem für die Schwächsten gesorgt, für diejenigen, die 38, 35, ja 32  $\text{S}$  Lohn pro Stunde erhalten. Für alle Kollegen, welche schon 40  $\text{S}$  und mehr pro Stunde verdienen, wird je erst nach und nach der Lohn entsprechend steigen. Leider hat ein Arbeitgeber sich nicht mit seinen Kollegen solidarisch erklärt, hat an den Verhandlungen trotz vorheriger Aussage nicht teilgenommen und auch den Tarif nicht unterschrieben. Diese Werkstätte von  $\mathcal{M}$ . Schwarz ist daher streng zu meiden.

Nun, Kollegen, haben wir schon nach so kurzer Zeit gesehen, was Einigkeit vermag, und bleiben wir einig, so bleiben wir auch stark, um auf dieser geschaffenen Basis unsere wirtschaftliche Lage weiter verbessern zu können.

## Sterbetafel.

Mainz. Am 22. Juli verstarb im Alter von 43 Jahren unser Mitglied Stephan Braun.

München. Am 16. Juli verstarb das Mitglied Christian Haag im Alter von 53 Jahren an Lungenschwindsucht.

Stettin. Am 15. Juli verstarb unser langjähriger Kollege Wilhelm Neumann, geb. am 3. März 1874 zu Stettin, an der Schwindsucht.

Wiesbaden. Am 24. Juli verstarb plötzlich das Mitglied P. H. Heppner im Alter von 29 Jahren.

Ehre sei dem Andenken!

## Vereinsteil.

### Bekanntmachung.

Ausgeschlossen wurden die Mitglieder Friß Hübschmann, Buchn. 67 158 auf Grund des § 7 b und Karl Dehning Buchn. 67 134 wegen § 7 c (beide Filiale Eisenach). Werner die Mitglieder der Filiale Wetz: Peter Lips, Buchn. 90 427 und Melchior Eßer, Buchn. 90 404 nach § 7 b; das Mitglied Theodor Englert, Buchn. 34 856, Filiale Mannheim, § 7 c; das Mitglied Adolf Kübz, Buchn. 18 022, Filiale Pforzheim, § 7 c; das Mitglied Heinrich Lühr, Buchn. 24 504, Filiale Landau, § 7 d; jerner die Mitglieder Wenzel, Buchn. 38 675, A. Dickenberger, Buchn. 12 881, Paul Müller, Buchn. 35 879, F. Rennel, Buchn. 35 507 der Zahnstelle Höchstädt wegen und G. Geulner, Buchn. 35 507 der Zahnstelle Höchstädt wegen § 7 b.

Weiterer Erhöhung wird bestätigt: Spandau 60  $\text{S}$ , Torgau 55  $\text{S}$ , Trier 60  $\text{S}$ , Detmold 25  $\text{S}$  Winterbeitrag und 70  $\text{S}$  Sommerbeitrag vom 1. Januar 08 ab.

Die bis heute geniebten Erfäß- und Neuweihen werden hiermit bestätigt.

Mit der letzten Nummer des Vereins-Anzeiger hat jede Filiale ein gebundenes Protokoll zum Preise von 60  $\text{S}$  erhalten. Die Verrechnung geschieht mit der 3. Quartalsabrechnung.

Duplicata wurden ausgestellt: Breslau: Lorenz, Dafar, Buchn. 30411, bez. 22. Wch. 07. Berlin: Griewaß, Fritz, Buchn. 39756, bez. 19. Wch. 07. Bösen: Birsche, Paul, Buchn. 17682, bez. 29. W. 07.

Der Vorstand.

Bericht der Hauptkasse vom 23. bis 30. Juli 1907.

Eingesandt wurde:

Thorn 1 150.— Freiburg 5.— Fürstenwalde 134.— Bahr 63.70, Grünberg 81.60, Colmar 15.85, Stuttgart 500.— Mehl 200.— Coblenz 60.— Braunschweig 300.—

Berichtigung. Zu der vorigen Quittung ist nachzutragen: Leipzig 1 880.16, M.-Gladbach 46.50.

Material wurde versandt:

B. = Beitragssachen. C. = Eintrittsmarken. Br. = Broschüren. Pr. = Protokolle. D. = Duplicata-Sachen.

F. = Filialen. V. U. M. = Vereinsanzeigermarken.

Bamberg 5 Br.; Görlitz 400 V. a 50 S, 400 V. a 20 S; Dortmund 50 V.; Duisburg 200 V. a 50 S, 50 C. 20 D.; Düren 400 V. a 45 S; M.-Gladbach 6 Br.; Grimmen 5 Br.; Grünberg 50 V. a 40 S; Heidelberg 1600 V. a 50 S; Kamen 4 Br.; Nordhausen 100 V. a 45 S; Potsdam 30 C.; Rathenow 10 C.; Nienburg 20 Pr.; Saalfeld 100 V. a 45 S; Schleswig 4 Br.; Schweinfurt 30 Pr.; Singen 20 V. 5 Pr. 5 Br.; Sonnenberg i. Th. 5 Pr.; Stralsund 200 V. a 45 S; 100 C.; 400 V. U. M. Stuttgart 1200 V. a 60 S; Büttn 40 V. a 45 S.

H. Wentker, Kassierer.

### Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands

(eingeschriebene Filialstelle Nr. 71.)

Bericht des Hauptkassierers vom 21. bis 27. Juli 1907.

Überschüsse von den örtlichen Verwaltungen wurden eingesandt von Braune-Bremen 1 200.— Radtke-Barmen 200.— Lauter-Offenbach a. M. 100.— Dahm-Reusel 200.— Kohlf-Ultuna a. E. 200.— Mayer-Zoppot 100.— Freitag-Wilmersdorf 100.— Schlichtowki-Spandau 70.— Wahl-Reutlingen 60.— Fischer-Waldburg i. Sch. 65.— Scheid-Hamburg-Varmbeck 150.—

Zuschuß wurde abgesandt für die örtliche Verwaltung in Konstanz an Chinger 100 M.

Krankengelber erhielten Buchn. 27 671, E. Pätsch in Bartenstein in Ostpreußen, 14.70 M.; Buchn. 6051, F. Küller in Bartenstein i. Ostpr., 25.20; Buchn. 28 470, W. Küller in Eggensin i. Pom., 25.20.

In Rudolstadt ist eine Verwaltungsstelle errichtet. Bevollmächtigter: Friß Voigt, Gumbach bei Rudolstadt Nr. 7 a; Kassierer: Ernst Schaubiger, Rudolstadt, Burgstraße 8.

J. H. Wulff, Hamburg 22, Schmalenbekerstr. 17.

### Quittung der Expedition.

Eingesandt wurde bis Ende Juli von: Braunschweig M. 2.20, Ciegen 5.60, Bühlbus 3.55, Mainz 5.— Erfurt 2.80, Wismar 2.— München 1.80, Grüne 4.80, Homburg 45.— Braunschweig 6.90, Hamborn 3.— Mainz 1.60, Kiel 14.— Sonderburg 3.— Nürnberg 6.— Lindau 1.10.— St. Moritz 6.— Novawes 1.20, Ilmenau 7.— Erfurt 8.— Frankfurt a. M. 8.40.

M. Marx.

### „Arbeit“

14 tägiges Organ des Verbandes der Maler und Gipser der Schweiz (Kantons-Verband) sollte in jeder Filiale ausliegen, da jährlich Hunderte von Kollegen nach der Schweiz reisen. Beste Aufklärung über die schweizerische Lohn-, Arbeits- und sonstige Verhältnisse. Abonnementspreis: 4 Mark (5 Pr.) jährlich. Adresse M. 280.]

B. Staude, Zürich II, Mutschellenstr. 18.

### Filiale Cassel.

Alle ansässigen, sowie zuwelsehende Kollegen werden dringend gebeten, nur unseren seit Juli ds. Jrs. eingerichteten Arbeitsnachweis, Büro: Wolfsgerstraße 5—7, 1. Etage, „Gewerkschaftshand“, zu benutzen. Das Umsehen ist strengstens untersagt. Wird dieses befolgt, dann muß er funktionieren.

Die Verwaltung.

### MALERSCHULE HAMELN a. d. Weser.

Erfolgreicher Unterricht in der Dekorations-, Holz und Marmor-Malerei, sowie Vorträge, Buchführung, Berechnung von Arbeiten durch bestätigte Fachlehrer. Gegründet 1896. — Separate Lehräume. — Prospekte frei.

### Porenrollen Weiershausen.

Breis per Paar Mark 6.— besteht aus folgendem Breiten: 1 Boll und 2½ Boll. Auch einzeln zu beziehen. 3 Boll Breite Mark 4.50. Gr. Weiershausen & Co. Hamburg 5, Lindenstr. 19. Schule für Holz- u. Marmor-Imitation. Beginn: 15. Okt. — 15. März. Prospekte gratis.

### Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Maler und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.

(eingeschriebene Filialstelle Nr. 71.)

Eintrittsgeld 2 Mark. Wöchentlicher Beitrag Mark 0.60. Krankengeld pro Woche Mark 2.10, für 26 bezw. 52 Wochen. Sterbegeld Mark 110. Kassenvermögen am Schlus des Jahres 1906 M. 226.267.37; in über 150 Städten hat die Kasse örtliche Verwaltungsstellen errichtet, und wird den Kollegen der Beitritt empfohlen.

Der Vorstand.

Der heutigen Nummer liegt die Nr. 30 für die Redaktion verantwortlich M. Marx Hamburg, Schmalenbekerstr. 17. Verlag von H. Wentker, Hamburg 22. Druck von Gr. Meyer, Hamburg 23.

Unsere Lohnbewegungen 1906.

8. Bezirk.

In 11 Orten traten die Kollegen in Lohnbewegung. Ohne Kampf gelang es in Kempten, Starzberg, Straubing und Landsberg Karife abzuschließen. Gestreift wurde in Bad Aibling, Wamberg, Berchtesgaden, Erlangen, Ingolstadt, Kissingen und Würzburg. In Mitleidenschaft gezogen wurden außerdem insgesamt 57 Mitglieder in Kempten und Nürnberg, sodass die Zahl der an den Lohnkämpfen beteiligten Kollegen 815 betrug. Außerdem kam es in Reichenhall trotz des bestehenden Tariffs durch Tarifbruch der Meister zu einer Aussperrung, von der 13 Kollegen betroffen wurden. Zum Vorteil der Unternehmer gereichte dieses Vorgehen anlässlich der Banarbeiteraussperrung aber nicht, bereits nach acht Tagen boten die Aussperrungswilligen die Hand zum Frieden. Es kam zum Tarifabschluss, der jedem Kollegen den Lohn um 5,- erhöhte. Sämtliche Lohnbewegungen hatten gute Resultate, der Durchschnittslohn für den ganzen Bezirk stieg von 38,2,- im Jahre 1905 auf 43,2,- pro Stunde im vergangenen Jahre. Bis auf Berchtesgaden und Ingolstadt wurden in allen übrigen Orten Tarife vereinbart. Die Gesamtkosten der Lohnbewegung belaufen sich auf 34.306,88 Mark.

9. Bezirk.

Gleich dem Vorjahr war auch 1906 wieder ein Kampfjahr. Infolge Lohnforderung kam es zur Arbeitsniederlegung in Braunschweig, Göttingen, Hannover (Ladierer), Herford und Oeynhausen. In Mitleidenschaft gezogen wurden durch die Kämpfe der Metallarbeiter die Ladierer in Braunschweig, Lüneburg und Wimborst. In Wittenbüttel wurden 22 Kollegen, nachdem es in den ersten Verhandlungen zu keiner Einigung gekommen war, 6 Wochen lang ausgelöscht. Zu einem Tarifabschluss kam es in Göttingen und Wittenbüttel. Ganz besonders haben die Kämpfe in Oeynhausen und Herford gelehrt, dass zu den Vorbereitungen nicht nur eine große Mitgliederzahl gehört, sondern auch Disziplin und Schulung, vor allem aber auch lokale finanzielle Mittel vorhanden sein müssen und an diese so wichtigen Voraussetzungen rechtzeitig gedacht werden muss. Die Zahl der an den Kämpfen beteiligten Kollegen im 9. Bezirk betrug 684, die Gesamtkosten der Lohnbewegung stellen sich auf 34.254,31 M.

Über die Lohnkämpfe unseres Verbandes im Jahre 1906 in den einzelnen Bezirken erhalten wir folgendes Bild:

Bezirk	Mitglieder-Streiks u. Ende 1906	Aussperrung.	Beteiligte Fälle	Gesamt- kosten M.
				Mitglieder
1.	8988	20	9449	138538,76
2.	5002	8	1207	48464,89
3.	5457	12	1456	23632,62
4.	2809	4	729	4827,56
5.	4137	7	229	8626,49
6.	2657	13	1131	41736,06
7.	2127	8	458	17085,06
8.	2311	12	815	33763,88
9.	2070	9	684	34254,31
10.	923	1	100	7834,05
	92	16321		358263,68

Ladierer waren beteiligt 1906 an den Lohnkämpfen:			
Orte	Bahl der Beteiligte	Gesamt- Fälle	Gesamt- kosten
Berlin u. Umg.	8	80	2477,50 M
Brandenburg	2	72	3154,-
Braunschweig	1	67	5771,30
Breslau	1	100	7834,05
Dresden	1	95	6374,75
Eisenach	1	14	1388,63
Frankfurt a. M.	1	4	-
Hamburg	1	91	137,50
Hannover	2	41	1816,20
Kaiserslautern	8	19	543,-
Leipzig	1	10	656,-
Mannheim	2	22	283,-
Nürnberg	2	4	112,-
Offenbach	1	1	43,-
	27	620	30540,93

Mit den immer mehr und mehr steigenden Lebensmittelpreisen und der damit verbundenen Verschlechterung der Lebenshaltung unserer Kollegen haben die Lohnbewegungen an Zahl bedeutend zugenommen. Die Erkenntnis, dass nur durch die Organisation die wirtschaftliche Lage der Kollegen verbessert werden kann, hat die Organisation stärker und damit auch leistungsfähiger werden lassen und es war deshalb selbstverständlich, dass der wirtschaftliche Kampf im abgelaufenen Jahre höhere Wogen schlug als wie wir dies früher gewohnt waren. Zudem haben sich die Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitern immer mehr zugespitzt, was in der Hauptsache darauf zurückzuführen ist, dass die Arbeitgeber mehr denn je den Herrn-im-Hause-Standpunkt hervorkehren und betonen. Die Organisationen der Arbeitgeber waren in den meisten Fällen schuld, dass der Kampf solche Dimensionen annahm, bei eingeräumten mehr Entgegenkommen wäre so mancher Kampf viel früher beendet gewesen.

Internationale Freizügigkeit.

Auf dem Stuttgarter internationalen sozialistischen Kongress steht ein Punkt auf der Tagesordnung, dessen Bedeutung für die künftige Arbeitspolitik nicht hoch genug eingestuft werden kann. Es handelt sich um die Stellungnahme des Kongresses zur Frage der internationalen Freizügigkeit. Während bisher eine Bechränzung dieser Freizügigkeit als unvereinbar mit dem Wesen des Sozialismus charakterisiert wurde, kann man aus einer Reihe von Umständen und Neuerungen schließen, dass die Unterbindung der ziellosen Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt keineswegs mehr als ein grundfesterlicher Vertrag gegen das Wesen des Sozialismus angesehen wird.

In einem Artikel der "Neuen Zeit" über "Proletarische Wanderungen" kommt Otto Bauer zu folgenden

Mitschriften proletarischer Einwanderungspolitik: "Volle Freizügigkeit für die Auswanderer aus industriell-kapitalistischen Gebieten; energischer Kampf gegen den kapitalistisch organisierten Lohndruckerimport; Freizügigkeit für die freie Wanderung aus agrarisch-hauswirtschaftlichen Ländern, ergänzt durch ein System wirksamer sozialpolitischer Schutzmaßregeln."

Mit diesen Forderungen ist die volle und uneingeschränkte internationale Freizügigkeit der Arbeiter aufgegeben. Das aber nicht nur in der Theorie, sondern auch in der praktischen Politik Maßregeln gegen die internationale Freizügigkeit keineswegs mehr wie früher verhorrorisiert werden, dafür spricht die Erörterung eines aktuellen Dokumentes in der Presse. Der "Norddeutsche Lloyd", nicht die Hamburg-Amerika-Linie, beabsichtigt, sämtliche Dampfer seiner Linien nach dem La Plata, Brasilien und Kuba mit chinesischen Heizern und Kohlenliefern zu beliefern. Diese Absicht soll durch den letzten deutschen Seemannsstreit veranlaßt sein. An diesen schon in der Aussöhnung begriffenen Plan knüpft nun der "Vorwärts" folgende Bemerkungen: "Erziehung freier deutscher Arbeit durch chinesische Kontraktssklaverei, das ist das lezte Wort des Kapitalismus auf die Organisationsbestrebungen der Arbeiterschaft. Über diese nationalen Herren — mögen sie sich sein, das ist nicht das letzte Wort der Arbeiterschaft. Chinesische Kulis als Sturmböcke gegen das Koalitionsrecht in Deutschland, das gibt es nicht und darf es nicht geben. Das wird den Herren, wenn sie es notwendig machen, noch genügend klar gemacht werden."

Der "Vorwärts" deutet zwar nicht an, auf welche Weise der Import chinesischer Arbeiter unmöglich gemacht werden sollte, aber es ist anzunehmen, dass er an ein gesetzliches Verbot der Verwendung chinesischer Arbeiter auf deutschen Schiffen denkt. Ob freilich gerade der vorliegende Fall derartig ist, dass Abwehrmaßregeln erforderlich sind, das wäre noch besonders zu untersuchen. Die Feuerarbeit auf den Geeschiffen im Dienste von und nach den Tropen ist für deutsche Arbeiter in einer Weise ungünstig und anstrengend, dass man wirklich fragen könnte, ob dafür nicht Arbeiter Verwendung finden könnten, die das tropische Klima besser ertragen als der Deutsche.

Doch das nur nebenbei; jedenfalls wird aber die Gefahr der internationalen Freizügigkeit der Arbeiter immer mehr erkannt und das ist ein Fortschritt der Aussöhnung, an den man vor wenigen Jahren noch nicht hätte denken können. So wichtig nun die Anerkennung der Notwendigkeit, unter gewissen Voraussetzungen die internationale Freizügigkeit einzuschränken zu müssen, auch ist, so fangen die eigentlichen Schwierigkeiten des Problems doch erst dann an, wenn man sich über die Maßregeln zur Erreichung des gesteckten Ziels einigen will. Es gibt unseres Erachtens keine gemeinsame Formel für alle politisch abgegrenzten Wirtschaftsgebiet, durch die die Einwanderung ausländischer Arbeiter auch nur grundsätzlich geregelt werden könnte. Eine solche Formel ist nicht zu finden, da das wirtschaftliche und kulturelle Niveau aller Länder äußerst große Abstände von einander zeigt. Das zwischen Ländern mit annähernd gleichen Wirtschafts- und Kulturbedingungen die Freizügigkeit der Arbeiter aufrecht zu erhalten ist, das bedarf gar seiner weiteren Begründung. Es ist auch für ein wirtschaftlich aufstrebendes Land, das industriell schon sehr weit vorgeschritten ist, unter Umständen gar nicht bedenklich, wenn für gewisse Arbeiten Ausländer mit niedrigeren Lebensansprüchen auf dem heimischen Arbeitsmarkt zugelassen werden. Allerdings muss dann heimisches Angebot für die betreffende Arbeit auch zu relativ auskömmlichen Löhnen nicht zu beschaffen sein. Generell wird man diese Voraussetzungen nicht festlegen können.

Gegegen aber auf alle Fälle gewirkt werden muss, das ist der Import von Ausländern, die deutsche Arbeitskräfte infolge ihrer niedrigeren Lohn- und Lebensansprüche erscheinen, d. h. die deutschen Arbeiter aus ihrer Beschäftigung und damit aus ihrer Existenz verdrängen sollen. Es fragt sich nun, ob einer solchen Importpolitik gegenüber Mittel der Selbsthilfe der Arbeiterorganisationen genügen, oder ob hier staatliche Steuernmaßregeln am Platze sind. Die deutschen Gewerkschaften haben bei den italienischen Arbeitern auf dem deutschen Arbeitsmarkt große Erfolge dadurch erzielt, dass sie diese Ausländer zu organisieren versucht haben. Ob mit diesen Versuchen der Lohndruck gänzlich beseitigt worden ist, bleibt dahingestellt; jedenfalls aber würde das nämliche Mittel zur Abschwächung resp. Verminderung eines Lohndrucks bei anderen ausländischen Arbeitern nicht in Frage kommen.

Wo also durch den Import resp. die Einwanderung von ausländischen Arbeitern ein Lohndruck auf den deutschen Arbeitsmarkt ausgeübt wurde, der durch die Selbsthilfe der Arbeiter nicht zu kompensieren wäre, da liegt es im Lebensinteresse der deutschen Arbeiter, für staatliche Schutzmaßregeln einzutreten. Ein derartiges Vorgehen würde nicht im geringsten der Sache des Sozialismus Eintrag tun, er würde allerdings einen falsch vorstehenden Internationalismus kräftig korrigieren. Die sozialistischen Vertreter der verschiedenen Länder in Stuttgart werden sich bemühen, die Frage in einer Weise zum Ausdruck zu bringen, durch die sowohl den Ländern, die überflüssige Arbeitskraft abzugeben haben, als auch den Ländern, die das wirtschaftliche Niveau ihrer Arbeiter nicht bedroht wissen wollen, Rechnung getragen wird. Eine solche Lösung kann zweifellos gefunden werden, ob sie auf die Dauer vorhalten wird, das ist zu bezweifeln.

Aus unserem Berufe.

+ Wichtigerei. Zu der bekannten Empfehlung des Parteivorstandes an die Lokalorganisation Berlin, betr. Abahnung von Einigungsverhandlungen, haben auch die lokalforganisierten Maler Stellung genommen und in einer Versammlung am 18. Juli beschlossen, dem Parteivorstand mitzuteilen: Die Gewerkschaft der Maler Berlins u. U. lehnt es auf das Entschiedenste ab, der Aufforderung des Parteivorstandes betr. Abahnung von Einigungsverhandlungen mit dem der Gen.-Kom. geschlossenen Zentralverband der Maler Folge leisten zu können. Die Gewerkschaft der Maler erklärt, genau so, wie den Parteigenossen die Parteigebüsche unverbindliches Heiligtum. Die Gewerkschaft der Maler müsse es als einen Verrat betrachten, wollte sie jetzt auf Aufforderung des Parteivorstandes unter Umgehung der Gelehrtenkommission sowie unter Außerachtlassung der zu eigen gemachten Beschlüsse des 7. Kongresses der Fr. B. d. G. Verhandlungen zum Zweck der Einigung anbahnen. Die Gewerkschaft der Maler erklärt, dass Verhandlungen in dieser Hinsicht ihr nur der nächste ordentliche 8. Kongress vorschreiben könne. — Diese stolze Handlungswise werden unsere Berliner Kollegen zu würdigen wissen, schon allein in Rücksicht auf die Bedeutung dieser durch Quertrieberei erstickenden "Gewerkschaft der Maler", die nach ihrem Haushaltsericht vom 2. Quartal 1907 rund 175 Mitglieder zählt.

+ Arbeitslosenstatistik der Filiale Cassel für den Monat März 1907.

Befragten der Zahl der Arbeitslosen	Ausgefallene Arbeitstage   infolge	Tage auf pro Kopf der Arbeitslosen	Durchschnitt pro Arbeitslosen	Lohnverlust wegen Arbeitslosigkeit	Gesamt-Lohnverlust	
					Arbeits- losigkeit	Arbeits- losigkeit
289	21   309   235   74   1,06   14,7   3,62   900,61   219,80   1120,41					
Für den Monat April.						
372	11   174   77   97   0,46   15,8   3,95   323,05   365,34   688,39					

Berlin. Die durch den Tod des langjährigen, allgemein geachteten Obermeisters Schnare der Berliner Malerinnung vacant gewordene Stelle des Obermeisters ist in der letzten Innungssversammlung durch Wahl dem Malermeister und Stadtverordneten Herrn Rettig übertragen worden. Dessen Amtsduauer reicht bis April 1908, dem Ablauf der eigentlichen Wahlperiode des verstorbenen Obermeisters. Die Amtsduauer währt bekanntlich drei Jahre. — Die Besprechungen gewisser Kreise von Kollegen des Herrn Rettig, das Amt des Obermeisters vertrage sich nicht mit seinem Stadtverordnetenmandat (sie nutzten ihm sogar zu, dasselbe niedergulegen!), können wir nicht teilen. Im Gegenteil, die freiinnige Partei, welche Rettig in Aussübung seines Mandats zur Evidence bewiesen, wenn sie fähig ist. Und da soll ein echter Freiinnsmann, der die "Haine des Liberalismus hoch hält", nicht imstande sein, die eigenartigsten Aemter auf sich zu nehmen!

Heidelberg. (Situationsbericht.) Nicht gar so erfreulich kann diesmal von der Filiale berichtet werden, obwohl der Mitgliedsbestand im zweiten Quartal ein höherer war, wie zur gleichen Zeit im Vorjahr. Wenn auch circa 300 Beitragsmarken mehr verlaufen sind, so ist die Filiale in ihrer alten Schlagfertigkeit doch beständig geblieben. In Wirklichkeit in der Agitation usw. fehlt es fast gänzlich, da die Kollegen glauben, durch Beitragsleistung genügend getan zu haben, trotzdem durch die wie noch in keinem Jahre stattfindende Fluktuation von fast ausschließlich fremden, indifferenten Kollegen ein großes Arbeitsfeld vorhanden ist. Wohl ist die Nachfrage nach Arbeitskräften keine so große, wie in sonstigen Jahren. Ziemlich ist durch den stetigen Wechsel der zurückkehrenden Kollegen es notwendig, ständig die regste Agitation zu entfalten. Auch könnte auf dem Lande manches geschaffen werden, wenn die Faulheit und Gleichgültigkeit nicht gar so groß wäre. Es muss betont werden, dass in mancher Hinsicht die Landkollegen vorbildlich für die in der Stadt wohnenden gelten können. Auch der Versammlungsbefehl hat etwas nachgelassen gegen den Anfang des zweiten Quartals.

In Kirchheim hat die Filiale schöne Fortschritte gemacht. Es ist dort die Kollegenzahl auf 31 gestiegen; das ist das einzige Erfreuliche im zweiten Quartal. Auch in Bruchsal sollte es besser vorwärts gehen, obwohl die Kollegen dort mit äußerst schwierigen Verhältnissen zu rechnen haben.

Kollegen Heidebergs, ein großes Arbeitsfeld liegt noch vor uns. Wollt Ihr nächstes Jahr in einen Lohnkampf treten, so müsst Ihr alle Hebel in Bewegung setzen, um einen solchen mit einem zweitägigen Kampf zu beenden. Glaubt nicht, dass Unternehmertum ist gefestigter denn je. Wollt Ihr arbeiten zum Segen aller Kollegen, so tut es bei Seiten, nicht erst vor einem Lohnkampf. Darum weggeworfen die Schlafmühigkeit, agiert und organisiert!

Wiesbaden. (Behrlings-Ausbeuterei.) Nur welch unschöne Weise die Unternehmer sich schadlos zu halten versuchen, wenn durch irgend welche elementare Einfüsse eine Beschädigung der ihnen zur Renovierung von der Rundschau übergebenen Gegenstände vorkommt, zeigt folgender Fall. Der Malermeister H. Scherf übernahm mit dem Anstreichen einer Fassade auch die an den Fenstern notwendig gewordene Verfütterung, was sonst Arbeit der Glaser ist. Um aber an

richt, so hatte er die Fälschlich, dies der Mutter schon längst mitzuteilen, damit sie für den Jungen einen zugesagenden Beruf wählen könnte. Die Gehülfen, die den Lehrling kennen, bezeichnen ihn als ansichtig und aufmerksam, und dürften diese Aussagen eher der Wirklichkeit entsprechen, da der Lehrling in der Regel seine Ausbildung durch die Gehülfen erhält, nicht aber durch den Meister. Würde der Unternehmer sich die Geheime und ganz besonders den § 314 des E. G. etwas anschauen, dann würde er finden, daß eine Aufrechnung auf den Lohn ungerecht ist. Aber für die Herren gibt es keine Gesetze, nur wenn man den Arbeitern eins auszuüben will, wird das Gesetz hervorgeholt. Wir wollen sehen, was der Obermeister Erbe, dem die Sache unterbreitet, unternimmt. Auf jeden Fall wird unsere Organisation dafür sorgen, daß der Witwe und ihrem Sohn Recht wird. Der Fall beweist aufs neue, daß schon der Lehrling fühlen muß, daß der Unternehmer den Arbeiter nur als Ausbeutungsobjekt benutzt.

## Gewerkschaftliches und Soziales.

Gewerbeinspektion Gehülfen aus dem Arbeiterstande in Hessen. Wie die amtliche Darmstädter Zeitung erfährt, werden als Gewerbeinspektion Gehülfen aus dem Arbeiterstand in Tätigkeit treten: Bei der Gewerbeinspektion Darmstadt der Werkführer Heinrich Spelt aus Darmstadt; bei der Gewerbeinspektion Offenbach der gelernte Portefeuillier Franz Mahr aus Offenbach; bei der Gewerbeinspektion Gießen voraussichtlich der Übermonteur Friedrich Melcher aus Mainz; bei der Gewerbeinspektion Mainz der Werkmeister Georg Messer aus Mainz; bei der Gewerbeinspektion Worms der Kupferschmied und Siedemeister Jakob Berg aus Großgerau. — Das kleine Hessen ist auch hier wie in so manchen anderen Dingen den meisten anderen deutschen Bundesstaaten voran.

Die Lohnbewegungen des Zentralverbandes der Maurer im Jahre 1907. Die bis zum 30. Juni erledigten 488 Lohnbewegungen des Jahres 1907 wurden von 5637 Erden mit 53.314 Gefällen gegen 4058 Unternehmer durchgeführt. Von 368 ohne Streit erledigten Fällen wurden 301 durch Vereinbarungen nach erfolgter Unterhandlung, 59 ganz oder teilweise Bewilligungen ohne Unterhandlung und 8 durch Zurückziehen der Forderungen beigelegt. In Arbeitsentnahmen kam es in 120 Fällen, und zwar zu 90 Angriffsstreiks, 10 Aussperrungen, 13 Angriffsstreiks und Aussperrungen und 7 Aussperrungen und Angriffsstreiks. Alle Bewegungen (18 mit 1458 Gefällen ausgenommen) endeten mit Erfolg. Und zwar wurde erreicht für 13.983 Kollegen 51.264 Stunden und Arbeitszeitverkürzung pro Woche in 133 Lohngebieten ferner für 51.856 Kollegen eine Lohn erhöhung in 470 Lohngebieten, die pro Stunde und Person durchschnittlich 5 % beträgt. Außerdem kam es in 338 Fällen zum Abschluß von Tarifverträgen.

Der Gutenbergbund, der bekanntlich trotz seines streikbrecherischen Verhaltens bei den christlichen Gewerbevereinen Unterschlupf gefunden hat, bemüht sich seit diesem Anschluß aussichtsreich, als gleichberechtigter Teil mit in die Tarifgemeinschaft aufgenommen zu werden. Das Tarifamt der Buchdrucker hat dem Gutenbergbund ausgegeben, den Nachweis zu führen, daß seine Mitglieder tariffrei sind. Statt dies zu tun, haben die Bündler für tarifunfreie Druckereien Arbeitskräfte besorgt! Als die Buchdrucker des Verbandes in einer Firma in Greifswald in Kündigung standen, richtete der Bundesführer an einen seiner Getreuen in Allenstein (Westpr.) per Postkarte die Aufforderung, dortige Werkseher und Alzidenzleiter zu verauflasen, nach Greifswald zu kommen. Ein Unternehmernorgan, die „Deutsche Buchdruckerzeitung“, schreibt nun zu dieser Art „Tarifstreue“: Aus dem Wortlaut dieser Postkarte geht hervor, daß es unter den führenden Personen im Gutenbergbund Clemente gibt, die bereit sind, den Arbeitgeberverband in der Verteilung des Organisationsvertrages zu unterstützen! Es ist vollkommen ausgeschlossen, daß der Gutenbergbund damit jemals in die Tarifgemeinschaft aufgenommen werden kann.

Auf dem Vormarsch. Das reichsstatistische Amt veröffentlicht jährlich die Ziffern über die gewerkschaftliche Entwicklung im Jahre 1906. Sie legen wiederum Zeugnis ab von der glänzenden Entwicklung und der großen Bedeutung der freien Gewerkschaften. Es hatten danach Mitglieder die

Freien Gewerkschaftsverbände	Zentrum	H.-D. Gewerkschaften	Mitgliederzahl am	
			am 1. April	Jahresabschluß
1900	680.427	—	91.661	
1902	733.206	79.077	102.851	
1904	1.052.108	100.053	111.889	
1905	1.344.803	195.401	117.097	
1906	1.689.785	215.884	118.508	

Um schlechtesten haben sich die Hirsch-Dunderschen entwickelt; sie nahmen seit 1900 nur um 26.847 Mitglieder an, oder 4.474 pro Jahr. Besser entwickelten sich die Zentrumsgewerbevereine; ihre Mitgliederzahl nahm seit 1902 um 186.807 oder jährlich um 35.250 zu. Zieht man aber ihre riesige Agitation und ausgebreiteten Hilfsmittel (Presse, Klerus usw.) in Betracht, so erscheint das Resultat sehr geringfügig gegenüber den großen Worten. Alles überragt weitauß die Entwicklung der freien Gewerkschaften. Sie gewannen seit 1900 über eine Million Mitglieder (1.009.258), oder pro Jahr 168.226!!! Allein 1906 haben sie über 300.000 Mitglieder gewonnen, d. h. mehr als die Zentrumsgewerbevereine seit ihrem Bestehen.

Die weit überragende Bedeutung der freien Gewerkschaften kommt ebenso deutlich zum Ausdruck in den Kostenverhältnissen. Es haben 1906 betragen:

Freie Gewerkschaften	Zentrum	H.-D. Gewerkschaften	gewerkschaftliche Vereine	
			Einnahmen	Ausgaben
1906	41.602.939	3.378.833	1.358.765	2.974.717
Vermögen	25.212.633	2.870.028	3.417.688	2.709.686

Die Arbeiterbewegung in Danzig. Wie weit die politische Schulung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Danzig vorgeschritten ist, darüber gibt eine im April und Mai d. J. aufgenommene Statistik Aufschluß. Es wurden 4000 Fragebögen an die Gewerkschaften ausgetragen. Von diesen kamen nur 1605 ausgefüllt zurück. Das Hauptgewicht wurde darauf gelegt, festzustellen, wer von den Gewerkschaftern politisch organisiert und Abponent der Arbeiterpresse ist. Gestagt wurde auch, wer bereit wäre, eine eventuelle sozialdemokratische Danziger Zeitung zu abonnieren. Das Ergebnis ist folgendes:

Insgesamt kommen 16 Berufe mit circa 17.264 Arbeitern in Betracht. Von diesen gehören 4172 (24,2 Proz.) den freien Gewerkschaften an, 922 (5,3 Proz.) gehören Hirsch-Dunderschen, christlichen und polnischen Gewerkschaften an. Von den freien Gewerkschaftern haben 1605 (38,5 Proz.) die Fragebögen beantwortet. Von den Beantwortern der Fragebögen sind 129 (8 Proz.) sozialdemokratisch organisiert, 5 (0,1 Proz.) sind Mitglieder in Krieger- und Bürgervereinen. Zeitungsubonnenten sind von den Beantwortern der Fragebögen 801 (49,9 Proz.). Von diesen Abonnenten halten nur 169 (10,5 Proz.) die Arbeiterzeitung und 632 (39,4 Proz.) halten bürgerliche Zeitungen. Keine Zeitungen haben 804 (50,1 Proz.) abonniert. Von den Nichtabonnenten sind 472 (58,7 Proz.) verheiratet, 328 (41,8 Proz.) ledig. Bei 4 fehlt hierüber die Auskunft. Von den 1605 Beantwortern der Fragebögen sind 783 (48,8 Proz.) für eine event. sozialdemokratische Danziger Zeitung; 283 (17,6 Proz.) sind dagegen. Nicht geantwortet auf diese Frage haben 55 Kollegen. Hoffentlich zeigt uns eine spätere Aufnahme ein erfreulichereres Resultat.

Diese Statistik lehrt, wieviel noch zu tun ist, um die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aufzuklären. Auch mit unseren Kollegen steht es noch recht schlecht mit ihrer politischen Schulung bestellt. Denn von ca. 500 Malern gehören 400 unserm Verband an. Die Fragebögen haben aber bloß 174 beantwortet. Von diesen sind ganze acht Männer sozialdemokratisch organisiert; 19 sind Abonnenten der Arbeiterzeitung, 81 haben bürgerliche Zeitungen abonniert, 74 sind Nichtabonnenten. Für eine sozialdemokratische Danziger Zeitung sind 101, dagegen 18. Nicht geantwortet auf diese Frage haben 55 Kollegen. Hoffentlich zeigt uns eine spätere Aufnahme ein erfreulichereres Resultat.

Die Steigerung der Lebensmittelpreise. Die Lebensmittelpreise zeigen in jüngster Zeit wieder eine förmlich ansteigende Tendenz, daß die Frage angebracht erscheint, ob denn das Preisniveau der Lebensmittel gegenüber dem Jahre 1906 gar noch eine Erhöhung erfahren habe. Da ergibt sich, denn wirklich die Tatsache, daß von 26 Lebensmitteln, für die sich Vergleich anstellen lassen, mehr als die Hälfte, nämlich 14, nach ihrem Preisstand Mitte Juli noch eine Versteigerung gegenüber der Vergleichszeit von 1906 aufweisen, von 1905 gar nicht erst zu reden. Nur acht Lebensmittel sind etwas im Preis gesunken, bei vier ist der Preis gegenüber 1906 stabil geblieben. Es ist nicht nur Getreide, für dessen Versteigerung die bisher günstigsten Angebote angesichts ins Fels geführt wurden, im Preis außerordentlich gestiegen, sondern auch eine Reihe von der Ernte der Börnerfrüchte ganz unabhängiger Lebensmittel ist teurer geworden. Am schärfsten ist die Spannung zwischen den dies- und vorjährigen Preisen bei Getreide, insbesondere bei Roggen. Steigt doch der Roggenpreis am Berliner Markt gegenwärtig um nicht weniger als 30 Proz. über dem vorjährigen, wie aus nachfolgender Zusammenstellung erhellt. Eine Tonne kostete nämlich in Berlin Mitte Juli 1906:

	1906	1907
Weizen	181 1/2	210
Roggen	155	200
Hafer	182	195-205
Gurke (Bojen)	152	170
Weiß (Kiework)	98,40	103,25

Ganz so erheblich wie bei Roggen ist der Anstieg bei den andern Getreidesorten nicht; Getreide bleibt mit einer Preissteigerung von 12 Proz. weit dahinter zurück. Den Getreidepreisen folgend haben die Mehlsorten außerordentlich angezogen; bei Weizenmehl beträgt die Steigerung von Mitte Juli 1906 auf Mitte Juli 1907 fast 20, bei Roggenmehl aber gar 30 Proz. Der Preis für Roggenmehl ist also mit ganz genau der gleichen Intensität gestiegen, wie der Roggenpreis. Roggenmehl kostet jetzt pro 100 Kil. 25,20-27,50 M., zur selben Zeit 1904 aber erst 17,40-18,30 M. Außer der in der Getreidepreissteigerung begründeten Versteigerung der Mehlsorten ist aber die erhebliche Erhöhung zu nennen, die der Kartoffelpreis in diesem Jahre erfahren hat. Während ein Doppelzentner Kartoffeln Mitte Juli 1906 in der Provinz Brandenburg erst 2-7 M. kostete, steht der Kartoffelpreis jetzt auf 5,50-13 M!. Er hat sich also innerhalb eines Jahres gerade verdoppelt. Wie 1906 ging er auch in diesem Jahre von Juni auf Juli rapid hinauf. Von andern Lebensmitteln, deren Preise sich in diesem Jahre gegenüber 1906 noch verteuert haben, sind Hülsenfrüchte, Rüböl, jedoch nichts zu nennen. Von den Hülsenfrüchten sind es besonders Erbsen und Linsen, die kräftig im Preis gestiegen sind. Diese Lebensmittelsteuerung bringt ancheinend mir auch die christliche Gewerkschaftspresse auf die Beine; so muß die christliche Metallarbeiterzeitung konstatieren, daß auf der ganzen Linie eine Breiterhöhung eingetreten sei, vorunter in erster Linie die minderbemittelten Stände, Arbeiter, Ungezügelte und kleine Beamte zu leiden hätten. Eine wirtschaftliche Besserstellung ist leider mit den gewerkschaftlichen Erfolgen noch nicht erreicht, bis heute haben die Organisationen nur für die Aufbringung der Mehrausgaben infolge der anhaltenden Versteigerung aller Lebensbedürfnisse kämpfen müssen. Was nützen uns die gewerkschaftlichen Erfolge, wenn das Ergebnis durch Preissteigerungen aller Bedürfnisse wieder verschlungen wird?

An diesen Zuständen tragen die christlichen Gewerkschaften viel Mitschuld, da sie gerade bei den heftigen Kämpfen des Sozialists die Zentrumspartei unterstützten, die damals im Reichstage Triumph war und bekanntlich mit der Regierung in ihrem Bevollmächtigten durch Dick und Dünn ging und auch nicht vor der Versteigerung der notwendigsten Lebensmittel zurückshreckte. Und die christlichen Gewerkschaften waren es und sind es noch heute, die das Rückrat dieser Schutzhölzpolitik treibenden Zentrumspartei bilden. Das sind die Folgen der „ausgleichenden Gerechtigkeit“.

Warnung vor dem Seemannsberuf! Seelenleute, Arbeiter! Eltern von Arbeiterkindern! Nach dem Streit der seemannischen Arbeiter im Nord- und Ostseebereich, der dank des Rerrats der englischen, holländischen und deutschen Streikbrecher nur mit einem Teilerfolge der Streikenden, in den Ostseehäfen endete, für die Streikenden im Nordseegebiet aber mit der einstweiligen beendigunglosen Wiederaufnahme der Arbeit seinen Abschluß fand, entlarven sich die Reeder speziell in Hamburg und Bremenhaven in ihrer ganzen Mittschuldslosigkeit, um nicht zu sagen Brutalität gegen die Seelenleute, armst gegen die bisherigen Streikenden. Die Hamburger Reeder und der Norddeutsche Lloyd in Bremenhaven versuchen seit dem Schüttelkopf in Wörgl zu senden.

Seelenleute geradezu sklavennäßige Wohn- und Arbeitsbedingungen gewaltsam aufzwingen. Sie halten das internationale Streikbrechergesindel einstweilen noch in den deutschen Hafenstädten zurück, um es als Geisel gegen die organisierten deutschen Seelenleute auspielen zu können. Hinzu kommt, daß der Nordde. Lloyd chinesische Kulis heranzieht, um mittels dieser nicht nur die Wohn- und Arbeitsbedingungen der deutschen Seelenleute zu verkümmern, sondern sie vor allen Dingen gegen die Organisation auspielen zu können. Unter diesen Umständen fühlen sich Überschlagsmacher der Reeder in Hamburg und Bremenhaven oben auf und kein Mittel ist ihnen zu schlecht, um die Seelenleute zur Anerkennung nichtswürdiger Arbeitsverträge zu zwingen. Der Hauptzweck ihres förmlichen Nachschlagszuges ist natürlich die Schwächung, wenn möglich die Zerrümmerung der ihnen so sehr verhafteten Organisation. Sie geben sich heute der Hoffnung hin, durch schamlose Maßregelungen alter befahrener Seelenleute die Organisation, den Seemannsverband, schwächen zu können. Wir sind sicher, daß ihnen das nicht gelingen wird, daß sie vielmehr das Gegenteil von dem erreichen werden, was sie zu erreichen hoffen, aber trotz allem sind wir gespannt, entsprechende Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Die sicher wirkende Maßnahme, die wir ergreifen sind zu ergreifen, ist die systematische Absperrung jeden Zuganges von wirklichen Seelenleuten und solchen Arbeitern, die gewiß sind, den Seemannsberuf zu ergreifen nach den Hafenstädten der Nord- und Ostsee, insbesondere nach Hamburg und Bremenhaven. Wir fordern deshalb die deutschen Seelenleute, die heute in den Städten des Innlandes weilen oder dort Arbeit an Land gefunden haben, auf, ruhig bis auf weiteres dort zu verbleiben. Es ist besser für sie, wenn sie dort am Lande versuchen, irgend welche Beschäftigung zu finden, als in den Hafenorten in da sklavennäßige Foch der brutalen Reeder zu frieden. Wir fordern insbesondere die Arbeiter der Metallbranchen auf, vorläufig davon abzusehen, zum Seemannsberuf überzugehen, da wir in allen Hafenorten ein starkes Überangebot von Arbeitskräften gerade für das Maschinenpersonal haben. Auch Eltern solcher Knaben, die demnächst den Seemannsberuf ergreifen wollen, warnen wir dringend, ihre elterliche Einwilligung zu geben.

Die Leitung des Seemanns-Verbandes.

S 153 der G.-D. Wie sitzt die öffentliche Anklagebehörde dabei ist, eine Anklage zu erheben, sobald es sich nur um einen noch so fernstehenden Verdacht handelt, daß ein Streikbrecher scheel angesehen sei, zeigte, wie wir dem „Vorwärts“ entnehmen, eine am 23. Juli vor dem Dixdorfer Schöffengericht verhandelte Anklage gegen den Maler Georg Ebeling wegen Beleidigung, Verstoß gegen S 153 Gewerbeordnung und versuchter Rötigung (§ 240 Strafgesetzbuch). Diese sämtlichen Freiheit sollen durch folgenden Satz verbrochen sein, den der Angeklagte am 26. Februar d. J. dem Maler Hermann Mönnighausen auf einem Neubau in der Hermannstraße angerufen haben soll: „Du Streikbrecher, wenn Du der Organisation nicht beitretest, kriegst Du ein paar in die Schnauze.“

Durch die Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß Mönnighausen am 26. Februar noch Mitglied der Organisation war, und daß er nach dem zur Anklage stehenden Vorfall wieder aus dem Verbande aussgetreten ist. Infolgedessen macht der Vorsitzende (Amtsgerichtsrat Buhrow) darauf auf die Unwahrheilichkeit aufmerksam, daß die imklinierte Anklage lautet, daß sie aufgehalten habe kann, wie zur Anklage steht. Auf mehrfachen Fragen muß Mönnighausen seine Aussage schließlich dahin einfassen, daß Ebeling ihm gedroht habe, ein paar in die Schnauze zu hauen, er hätte dann noch etwas leise vor sich hin gesprochen, so ähnlich wie Streikbrecher, er wisse es aber nicht ganz genau. Er hätte den Vorfall dann sofort dem Malerpolizisten Pietrzewsky gemeldet, der Ebelings Entlassung und Mönnighausens Anzeige gegen Ebeling veranlaßt hat. Der Amtsgerichtsleiter ließ hierauf die Anklage aus § 240 Strafgesetzbuch und § 153 Gewerbeordnung fallen und beantragte wegen der Beleidigung, die in der nicht ausgeführten Drohung „Du kriegst ein paar in die Schnauze“ liege, die geringste Strafe von 3 M. Das Gericht erhob diesen Antrag zum Urteil.

Es kann auf sich beruhen bleiben, ob es nicht der Sachlage mehr entsprochen hätte, wegen der Unglaublichkeit des Beuges auf volle Kreisprüfung zu erkennen. Bedenfalls hätte es der Rechtspflege nichts geschadet, wenn den Staatsanwalt die Bedenken gegen den nun fallen gelassenen Teil der Anklage von Erhebung einer Anklage abgehalten hätten. „Schnauze“ also, ohne ausdrückliche Bezugnahme darauf, daß sie einem Streikbrecher gehört, hätte Strafverfolgung „im öffentlichen Interesse“ wegen Beleidigung schwerlich zur Folge gehabt.

## Vom Ausland.

Österreich. Zugang ist strengstens fernzuhalten nach Saaz und Teplitz-Bodenbach.

In Krakau kam es nach kurzem Kampfe zu einem Tarifabschluß, der u. a. die bisherige Arbeitszeit von 11 Stunden auf 9 1/2 und den Mindestlohn für Gehilfen auf 48 und 50 Heller festsetzt. Der Vertrag hat Gültigkeit bis zum 30. Juni 1910. — In Meran gelang es den Kollegen ebenfalls einen Tarif abzuschließen, der bis 1. April 1909 in Kraft bleibt. Die Arbeitszeit ist danach auf 9 1/2 Stunden pro Tag, der Mindestlohn auf 48 Heller die Stunde festgelegt. Der 1. Mai wird freigegeben.

Schweiz. Geppert sind für Maler: Baden und für Lackierer die Wagonsfabriken von C. & St. Geissberger und Gebr. Meyer in Zürich.

Der Centralvorstand unseres Bruderverbandes hat beschlossen, in der Zeit vom 1. bis 15